

Václav Houžvička

Die deutsch-tschechische Grenzregion im Kontext der deutsch-tschechischen Beziehungen nach 1989

Die folgende Studie, die sich mit den deutsch-tschechischen bzw. sächsisch-tschechischen Beziehungen nach 1989 beschäftigt, konzentriert sich auf zwei ausgewählte Problemfelder, die die Entwicklung der Beziehungen beider Staaten auf grundlegende Weise beeinflussten. Der erste Aspekt beinhaltet die historische Dimension, die mit dem Untergang der Tschechoslowakei im Jahr 1938 und ihrer Wiedererrichtung im Jahr 1945 verbunden ist. Unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhangs begann eine umfangreiche, oft eine sehr emotional geführte Debatte um das Thema der gewaltsamen Aussiedlung der ethnischen (Sudeten-)Deutschen* aus der damaligen ČSR. Heute gehört dieses Thema bereits nicht mehr zur Prioritätsagenda der höchsten Vertreter beider Staaten. Die gegenseitigen Beziehungen haben sich bedeutend beruhigt. Der vorliegende Text rekapituliert den Fortgang der Debatte bis zur Konstituierung der *Deutsch-tschechischen Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung*. Der zweite Aspekt, der in dieser Studie eine Rolle spielen soll, ist die vollkommen neue grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Deutschen und Tschechen nach 1989, als es zur schrittweisen Öffnung der Grenzen kam und sich institutionelle und zwischenmenschliche Beziehungen auf lokalem und regionalem Niveau verknüpften.

Teil 1: Mit der Freiheit kehrte auch die Vergangenheit zurück

Die schnelle Annäherung der Bundesrepublik Deutschland an die damalige Tschechoslowakei nach dem Jahr 1989 hatte ihre Wurzeln in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts im Milieu tschechoslowakischer Dissidenten. Sie stellt das Ergebnis intensiver Diskussionen über eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands in einer Situation dar, als sich nach dem Antritt des sowjetischen Parteivorsitzenden Michail Gorbatschow die Möglichkeit politischer Veränderungen boten, die im ideologisch und machtpolitisch monolithischen Block kommunistischer Staaten vorher nicht denkbar waren.

In dem Moment, als das kommunistische Regime in der Tschechoslowakei nach der Studentendemonstration vom 17. November 1989 und der nachfolgenden ‚Samtenen Revolution‘ unerwartet schnell zusammenzubrechen begann, wurde die sogenannte *Prager Erklärung* im Fahrwasser der *Charta 77** ausgearbeitet. Sie beinhaltete die Vision von einer Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa. Im Text wurde folgendes angeführt:¹

Die deutsche Frage ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges einer der Schlüssel zum Frieden in Europa und zur Erneuerung der europäischen Identität [...]. Das kollektive Gedächtnis der heutigen Generationen ist von der langfristigen Entwicklung der deutschen Frage beeinflusst, und welche Erinnerung auch immer in den statischen Verhältnissen schlummert, sie wird in dem Moment erwachen, in dem die Frage ins Gedächtnis gerufen wird, und sie wird beginnen sich dynamisch zu entwickeln.

Die neue tschechoslowakische Außenpolitik nahm vom ersten Moment an wahr, wie wichtig gute Beziehungen zum sich vereinigenden Deutschland seien. Außenminister Jiří Dienstbier knüpfte programmatisch an den Standpunkt der *Charta 77* von 1985 an, deren zentraler Gedanke es war, dass die Lösung beider Probleme, die der deutschen Wiedervereinigung und die Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa, im Grunde die beiden Seiten ein und derselben Medaille waren. Das Entgegenkommen der Repräsentanten der neuen tschechoslowakischen Außenpolitik gegenüber dem deutschen Partner wurde gerade durch diese Meinung geformt, die lange in dem Zirkel der Dissidenten geteilt wurde, zu dem auch der tschechoslowakische Außenminister Dienstbier gehörte.

Als Symbol des fallenden Eisernen Vorhangs, der Europa (ebenso wie Deutschland) für die gesamte Zeit des Kalten Krieges in einen östlichen und einen westlichen Teil teilte, wurden die Grenzbefestigungen beseitigt und neue Grenzübergänge eröffnet. Der Außenminister der BRD Hans Dietrich Genscher und Jiří Dienstbier durchschnitten am 23. Dezember 1989 gemeinsam den Stacheldraht des Eisernen Vorhangs im bayrischen Waidhaus. Tausende Menschen von beiden Seiten der Grenze feierten spontan die Rückkehr von Demokratie und Freiheit. Die Grenze zwischen Sachsen und den Böhmischem Ländern war während des Kalten Krieges zwar durchlässiger, die Freude über die neuen Gegebenheiten aber nicht geringer.

1 Vgl. Prager Erklärung, 11.03.1985; Jiří Dienstbier: Snění o Evropě [Träumen von Europa]. Prag: Lidové noviny 1990, S. 63; Gesamter Text der sogenannten Prager Erklärung: vgl. Česko-německé vztahy po pádu železné opony [Deutsch-tschechische Beziehungen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs], S. 53–55.

I. Von der Euphorie zur politischen Realität

Unmittelbar nach dem 17. November 1989 stieß die bayrische Partei CSU die Debatte um das Thema des Transfers/der Vertreibung wieder an.² Gefordert wurde eine Entschuldigung (Max Streibl, 14.12.1989) für die Vertreibung der Sudetendeutschen aus der ČSR. Es schien, dass die Vergangenheit, in den sich ansonsten dynamisch entwickelnden Beziehungen zwischen der BRD und der ČSFR, dank der Forderungen der ‚Sudetendeutschen Landsmannschaft‘ (SL),³ die sich vor allem nach dem Treffen des Premiers der ČSFR Marián Čalfa mit dem Sprecher der SL Franz Neubauer im Dezember 1989 noch steigerten,⁴ abermals zu einem Problem wurde. Augenblicklich war klar, dass die Geschichte, bisher verschwiegen und vom Kalten Krieg überformt, in die deutsch-tschechischen Beziehungen zurückkehrte. In der Neuauflage der deutsch-tschechischen Beziehungen begann die historische Dimension des Problems eine zweideutige Rolle zu spielen. Viele der damaligen Landeskinder sehnten sich danach die Orte zu besuchen, die sie auf tragische Weise verlassen mussten, was menschlich verständlich war. Es war auch spürbar, dass die politische Lage mit den Interessen der Vertriebenen den Prozess der Annäherung zwischen Deutschen und Tschechen gefährdete.

Die Situation wurde weiter verkompliziert, dass die sensiblen Probleme der Vergangenheit gerade im Moment der dringend notwendigen Transformation der tschechoslowakischen Wirtschaft (Erneuerung der Marktwirtschaft) und des politischen Systems (Konstitution einer pluralistischen Demokratie) thematisiert wurden. Die tschechische Gesellschaft erwartete eine schwere Periode mit einem partikulären Absinken des Lebensstandards, politischer Instabilität und weiteren Transformationsproblemen. Das Rekurrenieren auf die Vergangenheit war somit nicht das primäre Problem und es traf die tschechische Gesellschaft unvorbereitet.

-
- 2 Die Alliierten gaben bei der Vorbereitung der Nachkriegsordnung für Europa dem Experiment des Zusammenlebens von Deutschen und Tschechen in der wiedererrichteten Tschechoslowakei keine Aussicht auf Erfolg. Auf der Konferenz in Potsdam im August 1945 erklärten sie, dass die deutsche Bevölkerung aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei auf das Gebiet Deutschlands umgesiedelt werden sollte. Ziel war es in Zukunft die Wiederholung der tragischen ethnischen Konflikte auszuschließen. Die zeitgenössische Terminologie verwendete die englischen Ausdrücke ‚transfer of population/expulsion‘. Aktuell gebraucht man ‚Transfer‘, ‚gezwungene Aussiedlung‘, ‚Vertreibung‘, wobei es sich um unterschiedliche Bezeichnungen einer einzigen Sache handelt. Diese Begriffe reflektieren die gegenwärtig unterschiedliche Auffassung ihres Inhaltes.
 - 3 Grundlegende Forderung der SL war das Recht auf Rückkehr für die gesamte ethnische Gruppe und die finanzielle Entschädigung für die erlittenen Schäden von Seiten des tschechoslowakischen Staates. Sowohl aus dem Standpunkt des internationalen Rechts, als auch aus Sicht der inneren Stabilität der Tschechoslowakei waren diese Forderungen inakzeptabel.
 - 4 Vgl. Václav Kural: Peripetie v česko-německých vztazích [Wendepunkt in den deutsch-tschechischen Beziehungen]. In: *Mezinárodní politika* 4 (1996), S. 12–14.

Kurz vor Weihnachten, am 23. Dezember 1989 folgten die Worte Václav Havels, damals noch Bürger und mitnichten Präsident, dass „wir verpflichtet sind, uns bei den Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg ausgesiedelt worden waren, zu entschuldigen. Denn es handelte sich um einen Akt der harschen Enthebung einiger Millionen Menschen von ihrer Heimat und es war eigentlich etwas Böses, das die Rache für etwas vorausgegangenes Böses war.“ Es erforderte außerordentlichen politischen Mut den Akt der Aussiedlung, dem die Mehrheit der tschechischen Bevölkerung schlichtweg vorbehaltlos zustimmte, so zu benennen.

Havels Worte riefen einen donnernden Widerhall hervor. Es erklangen neben fachlichen auch eine Reihe hochemotionaler Meinungen aus der tschechischen Öffentlichkeit, die mit einer beträchtlichen Mehrheit die Entschuldigung Václav Havels mit dem Argument ablehnten, dass die Vertreibung keine Rache gewesen sei, sondern ein gerechter Akt, der durch die alliierten Siegermächte legitimiert wurde.⁵ Havels Aussage und zu einem gewissen Maß auch die Deutsch-tschechische Erklärung von deutscher Seite zeigten, dass eine noch so gute politische Geste, die nicht einmal nachträglich von einem breiteren gesellschaftlichen Konsens getragen wird, Probleme nicht lösen kann, sondern sie nur verlagert. Die Probleme kehren dann mit größerer Wucht in einer anderen Konstellation zurück.⁶

Den Standpunkt der tschechischen Gesellschaft beeinflusste langfristig die negative Rolle der ‚Sudetendeutschen Partei‘ geführt von Konrad Henlein, die in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts aktiv zum Ausbruch der ‚Münchener Krise‘* im Jahr 1938 und im Folgenden zum Zusammenbruch der demokratischen Tschechoslowakei beitrug.⁷

In der tschechischen Gesellschaft ist infolge der historischen Erfahrungen ein latentes und Bild von den Sudetendeutschen als Instrument verankert, mit dessen Hilfe das nationalsozialistische Deutschland die demokratische Tschechoslowakei zerstörte. Diese tief und emotional verankerte Meinung konnte nicht einmal der intensive sudetendeutsche-tschechische Dialog, zu dem es nach 1989 kam (und an dem im Ganzen nur eine zahlenmäßig kleine Gruppe sich neu etablierender kultureller und politischer Eliten teilnahm) umstoßen. Die Mehrheit der tschechischen Bevölkerung blieb weiterhin davon überzeugt, dass die Sudeten-

5 Siehe z. B. der demonstrative Hungerstreik von Jan Klein auf dem Altstädter Ring (Staroměstské náměstí) in Prag im Januar 1990 als Beweis der Nicht-Zustimmung zu Václav Havel. Klein revidierte später seinen Standpunkt einigermaßen und wurde zum Mitglied des Koordinierungsrates des Deutsch-tschechischen Gesprächsforums als Vorsitzender des Kreises der 1938 infolge der Angliederung der tschechoslowakischen Grenzgebiete an das Deutsche Reich aus dem Grenzgebiet vertriebenen Bürger der ČSR benannt.

6 Vgl. Petr Fiala: *Evropský mezičas* [Europäische Zwischenzeit]. Brno: Barrister & Principal 2010, S. 56.

7 Näheres vgl. Václav Houzvička: *Návraty sudetské otázky* [Rückkehr der sudetendeutschen Frage]. Prag: Karolinum 2005.

deutschen den Staat in einem Schicksalsmoment seiner Existenz verrieten (München 1938), während bei der Mehrheit der Vertriebenen weiterhin das Gefühl tiefen Unrechts infolge der kompromisslosen Durchsetzung des Prinzips der Kollektivschuld, für dessen Symbol sie die präsidialen Dekrete von Edvard Beneš ansehen, dominierte.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft verstand Havels Äußerung aber mitnichten als ein zur Versöhnung aufrufendes Bedauern eines tragischen Schicksals von Menschen, sondern als Eingeständnis von Schuld im rechtlichen Sinne. Von Seite der SL folgte keineswegs ein Ausdruck des guten Willens, sondern vielmehr die ultimative Forderung nach Entschädigung und der Annullierung der Dekrete (in Wirklichkeit der Entnazifizierungsgesetze der ČSR) des Präsidenten Edvard Beneš. Auf die Geste des guten Willens reagierte nicht einmal die deutsche Bundesregierung. Die traditionellen tschechischen Befürchtungen, die Deutschen spielten mit ihnen ein undurchsichtiges Spiel, wurden damit geradezu bestärkt.⁸ Nichtsdestotrotz ist in diesem Zusammenhang zu betonen, dass die Bundesregierung nie irgendwelche Forderungen von eigentumsrechtlichem Charakter gegenüber dem tschechischen Staat erhob.

Zum Symbol des Neuanfangs in den Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen sollte der Besuch des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker am 15. März 1990 in Prag werden. Zum Jahrestag des Einmarsches der Wehrmacht in die ČSR im Jahr 1939 trug der damalige deutsche Präsident die folgenden Worte vor, die die historische Spannung zwischen beiden Nationen überwinden sollten:⁹

Wir Deutsche wissen sehr wohl, wie wichtig es ist, bei unseren Nachbarn durch unsere Einigung keine alten oder neue Sorgen entstehen zu lassen. Wir wollen und werden ihre Empfindungen, mit denen sie unsere Entwicklung begleiten, ganz ernst nehmen [...]. Mit unseren Taten und Worten wollen wir die Menschen davon überzeugen, dass eine deutsche Einheit nicht nur demokratisch legitim, sondern dass sie förderlich ist für den friedlichen Geist in Europa.

Die vom deutschen Präsidenten auf der Prager Burg vorgetragene Worte, die an Havels symbolisches Händereichen mit einer ähnlichen Geste anknüpfen sollten, wurden bald durch die Realität der deutsch-tschechischen Beziehungen korrigiert. Die neue tschechoslowakische Außenpolitik beglückte von Beginn an dem speziel-

8 Vgl. Alena Wagnerová: Nevypočitatelnosti symbolické politiky [Die Unberechenbarkeit symbolischer Politik]. In: Listy 3 (1995), S. 11. Die Besitzansprüche der sudetendeutschen Organisationen wurden nach 1989 in geschlossener Form unter dem Titel *Gesichtspunkte zur Entschädigung der Sudetendeutschen durch die ČSFR* in der *Sudetendeutschen Zeitung* vom 10.1.1992 publiziert.

9 Vgl. Dienstbier, *Od snění k realitě* (wie Anm. 1), S. 283.

len Faktor des bayerischen Patronats über die Vertriebenen, welches die CSU lange aktiv sowohl in der Innen-, vor allem aber in der Außenpolitik des Freistaats Bayern und der BRD durchsetzte.

Präsident Havel schlug in dem Bemühen das missliche Moment der Besitzansprüche durch die Vertriebenen zu entschärfen, ein ‚Paket‘ zusammenhängender Schritte vor, die helfen sollten, die Situation in den Beziehungen zwischen BRD und ČSFR zu klären. Im Gegenzug kam es zur Befriedigung der tschechoslowakischen Verfolgungsansprüche (Entschädigung der Opfer nationalsozialistischer Verfolgung), der Abschreibung des Saldos im Handel mit der ehemaligen DDR und einem Kredit von zwei Milliarden Mark. Unter diesen Voraussetzungen war die Tschechoslowakei bereit den Sudetendeutschen, die den Wunsch nach Rückkehr und Wiederansiedlung äußerten, die Möglichkeit zur Rückkehr zu geben. Auf Grundlage eines Antrags konnte ihnen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zugeteilt und zu gleichen Bedingungen die Teilnahme an der ‚Kupon-Privatisierung‘^{6*} ermöglicht werden. Die deutsche Seite sollte sich gemäß dem Vorschlag im Gegenzug definitiv von Besitzansprüchen lossagen und die Ungültigkeit des Münchner Abkommens anerkennen.¹⁰ Bundeskanzler Helmut Kohl reagierte aber nicht auf Havels Angebot. Sein Meinungsлавieren und die ständige Verzögerung einer Antwort bot der bayerischen CSU Raum.

Eine grundsätzliche Wende in den deutsch-tschechischen Beziehungen sollte der *Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit* werden, der von Kohl und Havel am 27. Februar 1992 auf der Prager Burg unterzeichnet wurde. Integraler Bestandteil des Vertrags war der Begleitbrief identischen Wortlauts in deutscher und tschechischer Sprache, der auch folgende Deklaration enthielt: „Beide Seiten erklären übereinstimmend: Dieser Vertrag befasst sich nicht mit Vermögensfragen.“¹¹ Aus der Formulierung ging hervor, dass in naher Zukunft eine weitere Runde misslicher Verhandlungen zu erwarten war.

¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹ In einer Diskussion, die im Föderalkongress der ČSFR dem Abschluß des tschechisch-deutschen Paktes voranging, bemerkte Ulrich Irmer (ein Mitglied des Auslandsausschusses des Bundestages, FDP): „Wir konnten uns nicht einigen in der Frage der gegenseitigen Vermögensansprüche und der Ungültigkeit des Münchner Abkommens. Ich stimme den Kollegen ganz zu, die hier sagten, daß der Pakt nicht die Vermögensfragen erwähnen soll.“ In derselben Debatte hat Christian Schmidt (Außenpolitischer Sprecher der CSU im Bundestag) angegeben: „Wenn wir die Fehler der vielen Friedensverträge, die in diesem Jahrhundert abgeschlossen wurden, vermeiden wollen, dann müssen wir willig auch die betroffenen Minderheitengruppen einschließen. Auch müssen wir Verständnis zeigen für die Anforderungen der Sudetendeutschen, damit sie kooperieren und z. B. auch die Jugend unterstützen können. Ich denke, wir sollten einige Modelle der Minderheiten in den Grenzgebieten Europas beachten [...] Ihre (gemeint ist eine deutsche Minderheit in Dänemark) Kulturautonomie – das ist das ideal Modell für Europa.“ *Československo-německý dialog ve Federálním shromáždění ČSFR*. 1991. Prag: ÚMV, S. 10–11.

II. Volksdiplomatie

Das menschliche Bedürfnis der Vertriebenen eine Annäherung und die symbolische Rückkehr zu den Orten der ehemaligen Heimat zu suchen, fand ihren Weg weitaus schneller als die offizielle Politik. Zudem waren keine rechtlichen Standpunkte und keine vertraglichen Verpflichtungen eingebunden. Es eröffnete sich ein paralleler Dialog auf bürgerlichem Niveau, an dem sich sowohl Glaubensgemeinschaften als auch politische Vereine und Verbände beteiligten. Eine wichtige Rolle übernahmen dabei die ‚Gemeinde sudetendeutscher Sozialdemokraten‘, die ‚Seliger-Gemeinde‘, oder der auf den Austausch kultureller Werte¹² ausgerichtete ‚Adalbert Stifter Verein‘ sowie weitere.

Von sudetendeutscher Seite waren ebenso kirchliche Organisationen aktiv. Sie knüpften in einigen Fällen an die Bindung zum böhmischen Raum schon vor den Ereignissen im November 1989, vor allem die ‚Ackermann Gemeinde‘, an. Es gibt in diesen Zusammenhang ein Dokument, das den gemeinsamen Standpunkt der Evangelische Kirche der ‚Böhmischen Brüder‘ und der deutsche Evangelische Kirche darlegt.¹³ Die Stellungnahme ist ein nicht zu unterschätzendes, erstes erfolgreiches ‚Modell‘ einer konsensuellen Überwindung der konfliktträchtigen Vergangenheit zwischen Deutschen und Tschechen.

Wiederholt erklangen aus den Reihen der Vertriebenenverbände und Organisationen Meinungen, die eine Aussöhnung forderten, die vor allem von den christlichen Idealen der Verständigung und Vergebung ausgehen sollte. In geschlossener Form wurden die Vorstellungen von Versöhnung in der gemeinsamen Erklärung tschechischer und sudetendeutscher Christen *Die deutsch-tschechische Nachbarschaft muss gelingen* zur Jahreswende 1991/92 herausgegeben. In dem versöhnlich stimmenden Text werden die Haltungen zu beiden grundlegenden Thesen zur sudetendeutschen Frage (Recht auf Heimat, Eigentumsrestitution) formuliert.¹⁴

Die Rückkehr in die ČSFR würde die Verlegung des Lebensmittelpunktes in eine Umgebung bedeuten, die kaum jemand als Heimat erleben dürfte [...]. Die Rückerstattung des widerrechtlich konfiszierten Eigentums wäre wohl allenfalls in For-

12 Die Forschung belegt, dass gerade kulturelle Werte am ehesten teilbare und ausweitbare Kontakte auf Bürgerniveau sind.

13 „Wenn wir es auch bedauern können, eine Rückkehr zu früheren Verhältnissen ist unmöglich: Was wir alle verloren haben, muss zu den Kriegsverlusten gezählt werden.“ *Smíření mezi Čechy a Němci/Versöhnung zwischen Tschechen und Deutschen*. Hg. v. der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Hannover: EKD Texte 1996, S. 36. Weitere Dokumente vgl.: *Der Trennende Zaun ist abgebrochen/Rozdělující zeď je zbořena*. Leipzig: Verlag GAW 1998.

14 Erklärung sudetendeutscher und tschechischer Christen zur Gestaltung der deutsch-tschechischen Nachbarschaft, München/Prag 1991/92, Absatz II.

men und Größenordnungen zu verwirklichen, welche die jetzt aufgekommenen Hoffnungen eher enttäuschen dürften [...]. Eine Vertreibung der Menschen, welche das Eigentum heute nutzen, kommt keinesfalls in Frage. Unter solchen Umständen liegt ein persönliches freiwilliges Opfer als Beitrag zu einem friedlichen Neubeginn nahe.

Der Text der Erklärung forderte unter anderem auch: „Es muss Möglich sein, den deutschen Anteil an der Gestaltung von Kultur und Wirtschaft in unserem Land wieder in unser Geschichtsbild einzufügen (hier ist die Tschechische Republik gemeint).“¹⁵ Zur Rückkehr des deutschen Anteils an der Gestaltung der tschechischen Geschichte ist es bereits in weitem Umfang gekommen und zweifelsohne wird sich dieser Prozess fortsetzen. Ein überzeugender Beweis ist die Anzahl von Publikationen (fachliche und populäre), die nach 1989 in tschechischer Sprache veröffentlicht wurden. Im von der Aussiedlung betroffenen Grenzgebiet kommt es zur Erneuerung kleiner sakraler Denkmäler, von Friedhöfen, Kirchen, Wallfahrtsorten und weiteren Bestandteilen der ehemaligen Gestalt dieser Kulturlandschaft, die zwar mit dem Fortgang ihrer ehemaligen Bewohner unterging, an vielen Stellen (beispielsweise in den Felsenmassiven der Sächsisch-Böhmischen Schweiz) aber deutliche Spuren hinterließ. Eine grundlegende Rolle in dieser Erneuerung spielt der ‚Deutsch-tschechische Zukunftsfonds‘*.

III. Die Suche nach einem Kompromiss

Das andauernde Zerwürfnis um den Problemkomplex, zusammenfassend und mit Vereinfachung als sudetendeutsche Frage benannt, setzte sich fort. Mitte der neunziger Jahre war bereits ersichtlich, dass auf Ebene der ‚hohen‘ Politik ein Schritt getan werden musste, der die wachsende Spannung in den bilateralen Beziehungen dämpfen könnte.

Die Ergebnisse soziologischer Untersuchungen zur öffentlichen Meinung¹⁶ signalisierten, dass es zu einer Veränderung der anfangs verhältnismäßig toleranten Einstellung der Bewohner der ČR zu den sudetendeutschen Forderungen kommt. Zu dieser Radikalisierung der Meinungen trugen offensichtlich das Zögern bei der Vorbereitung des Textes der gemeinsamen *Erklärung* und auch die Debatte selbst bei. Zusätzlich

15 Vgl. ebd.

16 Vgl. Václav Houžvička (Hg.): *Reflexe sudetoněmecké otázky a postoje obyvatelstva českého pohraničí k Německu* [Reflexe der sudetendeutschen Frage und Standpunkte der Bevölkerung des tschechischen Grenzgebietes nach Deutschland], Prag: Sociologický ústav Akademie věd ČR 1997. Zwischen den Jahren 1991 und 1996 stieg der Anteil von Antworten, die den Transfer der Sudetendeutschen befürworteten, mäßig aber langanhaltend bis auf 75 Prozent.

wurden die Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft offensiver. Die allmähliche Polarisierung der Meinungen war nicht nur in der tschechischen Öffentlichkeit zu spüren, sondern auch bei den gesellschaftlichen Eliten in der ‚Deklarations-Debatte‘, die Kommentare aus der Tageszeitung *Lidové noviny* andeuten.¹⁷

Der Bruch in der ‚vordeklarativen‘ Etappe des deutsch-tschechischen (aber bis zu einem wesentlichen Grad vor allem inner-tschechischen) Diskurses war die Äußerung Václav Havels zu den deutsch-tschechischen Beziehungen, vorgetragen am 17. Februar 1995 im Karolinum*. Der Präsident reagierte in ihr auf den starren Standpunkt der Sudetendeutschen Landsmannschaft.¹⁸

Wir können unterschiedliche Ansichten über die Nachkriegsaussiedlung haben – meine eigene kritische Haltung ist allgemein bekannt – wir können sie jedoch nicht aus dem geschichtlichen Kontext herauslösen [...]. Ich habe es ja bereits mehrmals gesagt, dass das Böse ansteckend ist und dass das Böse der Aussiedlung nur eine traurige Folge des ihr vorausgegangen Bösen war. Darüber, wer als erster den Geist eines tatsächlichen Nationalhasses aus der Flasche liess, kann kein Zweifel bestehen.

IV. Der Freistaat Sachsen reicht die Hand

In der Situation, als es schien, dass sich die deutsch-tschechischen Beziehungen im Kreis bewegen, aus dem es kein Entkommen gibt, schaltete sich ein besonders charismatischer Politiker der CDU, der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf,

17 Stellvertretend für viele, vgl.: Dušan Treštitik: Bloudění v Teutoburském lese. In: *Lidové noviny* (LN) 14.6.1995; Martin C. Putna: Smířovací jehňátka. In: *Lidové noviny*, 20.2.1996, S. 2. Es entwickelten sich verschiedentlich Meinungen über die deutsche Problematik z. B. bei Václav Bělohorský: Das Dilemma der Suche nach Identität im wiedervereinigten Deutschland und mit dem Zusammenhang mit der sich neu definierende tschechische Identität (als direkte Nachwirkung des Zerfalls der ČSFR und die Entstehung eines unabhängigen tschechischen Staates) verdeutlicht folgende Formulierung: „Wird das wiedervereinigte Deutschland zu dem außermittigen Europa gehören wollen, in das westliche, relativistische und liberale ‚demos‘ [lat.: Volk], oder wird es dem alten Dämonen unterliegen, die ihm einflüstern, daß es „Reich der Mitte“ seien soll? In dem Europeanismus ist vor allem etwas ‚ethnisches‘? Ich denke, daß die Nachbarn die Deutschen unterstützen sollten, die die westliche Orientierung ihres eigene Staates als definitiv befreiend betrachten. Uns Tschechen verhindert dies aber der Eiserne Vorhang, der zwischen uns und diesen Deutschen besteht und der den sudetendeutschen Versuch um ein Dialogmonopol aufgebaut hat.“ Václav Bělohorský: Německo a excentrická Evropa. In: *Lidové noviny*, 13.7.1993.

„Die Bedeutung des politischen Konzepts in der Problematik Deutschlands und das Bedürfnis der gemeinsamen Aufsicht darüber, ist es, dass es durch Europa eine neue Trennlinie nach einem anderem Kriterium als bisher zieht. Sie teilt die Staaten auf in die die sich angeblich zu dem ethnischen Prinzip bekennen (z. B. Deutschland) und die anderen. Das ist der Motor für den faktischen Zerfall dessen, was in den letzten fast fünfzig Jahren in Europa mit gemeinsamer Arbeit aufgebaut wurde.“ Bohumil Doležal: Pohled na Němce: přísně střežit pozorovat. *Mladá fronta Dnes*, 12.9.1995.

18 Václav Havel: Češi a Němci na cestě k dobrému sousedství [Deutsche und Tschechen auf dem Weg zu guter Nachbarschaft]. In: *Rozhovory o sousedství* [Gespräche über Nachbarschaft]. Prag: Karlova univerzita 1997, S. 36.

in die Diskussion ein und ergriff die Initiative. Seine Meinung widersprach in einigen Gesichtspunkten der bayerischen Ansicht und er zeigte einen Weg auf, wie man die Standpunkte mittels konkreter Zusammenarbeit verbinden könnte. Diese sollten die Regionen und deren soziale Gemeinschaften vernetzen. Die sächsische Initiative half die gegenseitigen Beziehungen zu lockern und ihre positive Wirkung überdauert bis in die Gegenwart.

Funktional waren zum Beispiel partikuläre pragmatische Verabredungen zur Lösung konkreter Probleme in den Grenzregionen (Verkehrsinfrastruktur, Lebensbedingungen, Bau von Grenzübergängen, Zusammenarbeit bei der Bekämpfung illegaler Migration etc.). Die Regierung des Freistaates Sachsen übernahm die Initiative und konzipierte eine regionale Raumentwicklung auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.¹⁹

Die hohe ökologische Belastung des Erzgebirges, aber auch des Elbtals, versinnbildlichte sich in den neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts im dichter werdenden LKW-Verkehr. Bis zum Bau der Autobahn A17/D8 gab es keine Verkehrsverbindung, die für den Schwertransport ausgelegt war. Deshalb schlug die sächsische Regierung als entgegenkommende Geste der guten Beziehungen den Transport der LKWs mit der Eisenbahn vor. Über mehrere Jahre finanzierte sie zum großen Teil den Transport der Wagen mit der ‚RO-LA‘ (Rollende Landstraße), die zwischen Dresden und Tetschen (Děčín) in beiden Richtungen durch das Naturschutzgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz durchfuhr.

Im April 1995 besuchte Präsident Václav Havel in Begleitung einer großen Delegation Dresden, wo er an der Technischen Universität den Ehrendokortitel annahm; verbunden war dies mit Diskussionen mit einer Reihe von Wissenschaftlern, Akademikern, Organisationen von Opfern des Nationalsozialismus und weiteren Teilnehmern. Gleichzeitig fand eine feierliche Tagung der gemischten deutsch-tschechischen Historikerkommission statt, in deren Verlauf der Präsident eine Auszeichnung entgegennahm.

In Dresden wurde auch der Gedanke geboren, ein gemeinsames Schulbuch zur deutsch-tschechischen Geschichte auszuarbeiten und die Mehrheit der Teilnehmer einigte sich, dass innerhalb von zwei Jahren dieses Buch herausgegeben werde. Die Realisierung dieses Projekts verkomplizierte sich dann aber aus ähnlichen Gründen, mit denen die Unterhändler des Vertrages von 1992 und ebenso die Arbeitsgruppe, die mit der Vorbereitung des Textes der gemeinsamen Erklärung betraut war, konfrontiert waren – die unterschiedliche Interpretation der historischen Ereignisse.

19 Zu nennen wäre beispielsweise die Konferenz „Hlavní plán regionálního rozvoje v česko-saském pohraničí. Regionalentwicklung und Perspektiven in Grenzräumen-das Beispiel Sachsen-Tschechien“, Dresden, 28. März 2012.

Es wurde deutlich, dass die Historiker und ihre Fähigkeit, Ansätze zu objektivieren, das Problem nicht lösen konnten. Den benötigten Schritt konnte nur ein politisches Dokument bieten.

Im April 1995 trat Ministerpräsident Biedenkopf im Rahmen der Gespräche über die Nachbarschaft in der Aula des Prager Karolinums auf. Bei dieser Gelegenheit trug er eine Rede vor, deren Botschaft einen zeitlosen Charakter hat:²⁰

Das neue Europa wird in den kommenden Jahren erheblichen inneren und äußeren Belastungen ausgesetzt sein. Es wird diese Belastungen erfolgreich und ohne Schaden für die europäische Friedensordnung bewältigen können, wenn das, was uns zusammenhält, stärker sein wird als das, was uns trennen könnte. Unsere politischen, geistigen und kulturellen wie unsere wirtschaftlichen und sozialen Anstrengungen werden deshalb darauf gerichtet sein müssen, das zu stärken, was uns verbindet, und das zu bekämpfen, was uns erneut trennen könnte.

V. Der Weg zur Deutsch-tschechischen Erklärung

Am 21. Januar 1997 wurde durch Bundeskanzler Kohl und den damaligen Premierminister Klaus die *Deutsch-Tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung* unterzeichnet. Es folgte eine Zeit der positiven gegenseitigen Zusammenarbeit, die bis heute andauert. Es gelang die Voraussetzungen für die Erfüllung beider grundlegender Ziele der tschechischen Außenpolitik zu schaffen, also dem Beitritt des Landes zum ‚Nordatlantikpakt‘* im Jahr 1999 und die Mitgliedschaft der ČR in der ‚Europäischen Union‘ im Jahr 2004.

Die Erklärung lässt sich auch als Versuch bewerten, den Verweis auf die Geschichte zu ‚entsichern‘, der auch die *Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen SFR und der Bundesrepublik* (1992) überdauerte, wie bereits im vorhergehenden Text erwähnt. Der schließlich niedergeschriebene Text repräsentierte unausweichlich einen Kompromiss, aber mit dem Fortgang der Zeit einen nachweislich funktionierenden.

Nach 1989 wurde deutlich, dass das sozialpsychologische Fundament des Auftretens der Tschechen gegenüber den Deutschen auch die Historiker nicht lösten. Zwar konnten sie bei der ‚Historisierung‘ der Traumata aus der Vergangenheit helfen, beispielsweise mit der gemeinsamen Anstrengung für einen möglichst objektiven Inhalt

20 Kurt Biedenkopf: Češi a Němci na cestě k dobrému sousedství [Deutsche und Tschechen auf dem Weg zu guter Nachbarschaft]. In: Rozhovory o sousedství [Gespräche über Nachbarschaft]. Prag: Karlova univerzita 1997, S. 79.

der Geschichtslehrbücher oder mit der Beseitigung des Feindbildes, aber über Instrumente zur Veränderung der öffentlichen Anschauungen verfügten sie nicht. Außerdem werden Historiker ähnlich wie die einfachen Leute, die nach einem Ausgleich mit der Geschichte streben, selbst ein zu einem Teil des Phänomens des „verdeckten Gruppengedächtnisses“, dass die gegebene Gruppe vereint (Maurice Halbwachs). Das bedeutet, dass so viele Gedächtnisse existieren, wie es Gruppen gibt. Das Gedächtnis wird zum Gegenstand einer möglichen Geschichte,²¹ verfügt aber auch über die Fertigkeit ursprüngliche Konflikte unter neuen Bedingungen zu rekonstruieren und die „gestrige Schlacht zu schlagen“ (Daniel Cohn-Bendit).

„Wenn wir uns an die Vergangenheit erinnern, konstruieren wir sie im Verständnis unserer gegenwärtigen Ideen. Wir nehmen nur jene Fakten wahr, die für unsere unmittelbaren Ziele wichtig sind.“²² Bezogen auf die Debatte von Deutschen und Tschechen ist die langfristige Tendenz den Inhalt mit historischen Themen zu überfrachten, die die Wahrscheinlichkeit der Instrumentalisierung von geschichtlichen Ereignissen und Fakten durch die Verhaftung in der aktuellen Situation erhöht, deren definitiver Rahmen aber diametral andersartig ist.²³

Teile individueller Erinnerungen sind in das kollektive Gedächtnis eingeschmolzen. Das kollektive Gedächtnis lenkt das Handeln und das Erinnern im Rahmen von Interaktion innerhalb der Gesellschaft und zu einem gewissen Maße erleichtert es diese Prozesse, indem es kollektiv geteilte Vorbilder bietet – wie ‚eingewöhnt-umgewandelt‘ von Generation zu Generation.²⁴

21 Vgl. Pierre Nora: Mezi paměti a historií (problematika míst) [Zwischen Erinnerung und Geschichte (die Problematik von Orten)]. In: Politika paměti (antologie francouzských společenských věd), Nr. 13 (1998). Prag: Cahiers du Cefes, S. 9–11. Der Autor macht vor allem auf die Tatsache aufmerksam, dass das Gedächtnis ein Phänomen der privaten Sphäre ist, wohingegen die Geschichte zu einer Gesellschaftswissenschaft wurde. Daraus begründet er, dass das Gedächtnis einer Nation die letzte Inkorporation vom Gedächtnis der Geschichte ist.

22 Ebd. S. 9.

23 Auch diese Möglichkeiten sind aber kompliziert und begrenzt. Beispielsweise entstand unmittelbar nach der Wende im November 1989 der Gedanke eine uminterpretierte ‚versöhnende‘ Auffassung von Geschichte auszuarbeiten, zu der die gemischte Deutsch-tschechische Historikerkommission innerhalb kurzer Zeit die Arbeiten hätte beenden sollen. Gerade aus diesem Kreis sollte ein nachdenkliches neues Schulbuch der ‚gemeinsamen‘ Geschichte entstehen. Ergebnis war eine bescheidene Ausführung zur Deutung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert; vgl. o. A.: Konfliktgemeinschaft, Katastrophe, Entspannung. Skizze einer Darstellung der deutsch-tschechischen Geschichte seit dem 19. Jahrhundert. Hg. v. Gemeinsame Deutsch-Tschechische Historikerkommission. München: Oldenbourg 1996. Einige Kompromisse bei der Formulierung von Schlüsselereignissen wurden in den Text der Deutsch-tschechischen Erklärung übernommen. Ebenso setzte sich die Überarbeitung der Schulbücher auf der einen und auf der anderen Seite begrenzt fort. Näheres zu diesem Thema vgl. die Studien: Zdeněk Beneš: České dějiny 20. století v německých učebnicích dějepisu; sowie Tobias Weger: Analýza českých učebnic dějepisu [Analyse tschechischer Schulgeschichtsbücher]. In: Učebnice a česko-německé sousedství [Schulbücher und deutsch-tschechische Nachbarschaft] (Mariánskolázeňské rozhovory), 2001. Ackermann-Gemeinde/Česká křesťanská akademie.

24 Vgl. Lukáš Novotný: Dekrety, odsun sudetských Němců v historické paměti Čechů. In: Naše společnost 2 (2012), S. 31.

Der gesunde Menschenverstand hat Unrecht, wenn er denkt, dass die Vergangenheit etwas Festes, Andauerndes und nicht Veränderliches ist gegenüber der sich ständig verändernden Gegenwart. Es findet ein Prozess der Überformung der Vergangenheit statt, der ihre Re-Interpretation umfasst, ein ‚Neulesen/rereading‘. Das wahrhaftige Verständnis der Vergangenheit ist eine Sache unseres Standpunktes. Parallel zu diesem ‚Neulesen‘ der Vergangenheit im gesellschaftlichen Gebiet bleiben in der Politik unterschiedliche Rechtsauffassungen. Gerade in dieser Relation findet man die Quelle kontroverser Haltungen. Zweierlei rechtliche Auffassungen des selben einen Moments wie bei dem Münchner Abkommen, dem Potsdamer Abkommen und der anschließenden Aussiedlung der Sudetendeutschen repräsentieren diese schwierig zu überbrückenden Widersprüche (resultierend aus unterschiedlichen Rechtsstandpunkten beider Seiten) in den deutsch-tschechischen Beziehungen. Jeder Staat ist das Produkt kumulierender historischer Erfahrungen. Dies gilt auch im Falle der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik und ihrer Beziehungen im mitteleuropäischen Kontext. Versuche, diese Erklärung zu umgehen und abermals die Dekrete des Präsidenten Edvard Beneš²⁵ auf der Bühne des Europäischen Parlaments zu thematisieren, zeigten, welche destruktive Auswirkung diese Methode für die deutsch-tschechischen Beziehungen auf Bürgerebene haben kann. Beweise erbrachten Untersuchungen der öffentlichen Meinung.

Tab. 1: Meinungen zur Gültigkeit der Beneš-Dekrete – Vergleich (Angaben in Prozent)

	2002/ März	2004/ Juni	2005/ Febr.	2006/ Nov.	2007/ Nov.	2009/ Nov.	2011/ Nov.
sollten auch weiterhin gelten	67	66	64	53	52	65	49
sollten aufgehoben werden	5	8	7	13	11	8	17
weiß nicht	28	26	29	34	37	27	34

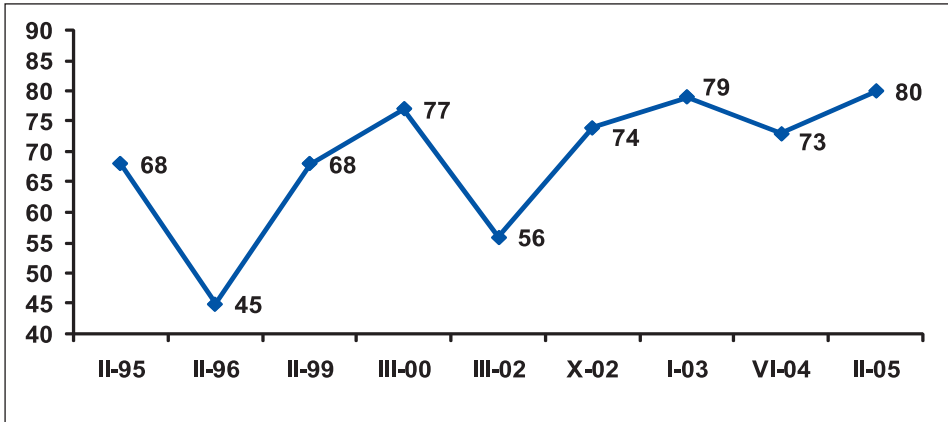
Anm.: Summe pro Spalte 100 %.

Quelle: Kontinuierliche Erforschung der Meinungen und Standpunkte der Bevölkerung der ČR. Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung. Soziologisches Institut der Akademie der Wissenschaften. Prag 2002–2011.

25 Das Thema der Dekrete wurde durch Abgeordnete der CSU von 2002 bis 2003 Thema im Europäischen Parlament als Teil der verhandelten Agenda, die mit der Aufnahme der ČR in die Europäische Union in Zusammenhang stand. Rechtliche Aspekte wurden einer Kritik vom Standpunkt gegenwärtigen internationalen Rechts unterworfen. „Weder das in den europäischen Gemeinschaftsverträgen verankerte Recht noch das Sekundärrecht der europäischen Gemeinschaften bieten Handhaben, mit denen sich die Beneš-Dekrete und das Straffreiheitsgesetz vom 8. Mai 1946 in Frage stellen lassen könnten.“ Christian Tomuschat: Dekrety-překážka přijetí České republiky do Evropské unie? [Die Dekrete – Hindernis bei der Aufnahme der Tschechischen Republik in die EU?]. In: Ist das tschechische Rechtssystem bereits EU-konform? Prag: Friedrich Ebert Stiftung, S. 203.

Die folgende Graphik dokumentiert zwei Tiefpunkte bei der positiven Bewertung des Niveaus der deutsch-tschechischen Beziehungen, zu denen es infolge emotionaler Debatten, denen die Unterzeichnung der *Erklärung* (1997) und der Druck zur Aufhebung der Beneš-Dekrete in Zusammenhang mit dem Beitritt der ČR zur Europäischen Union (2004) vorausgingen, kam.

Graphik 1: Meinungen zur langfristigen Entwicklung der tschechischen Gesellschaft zum Niveau der deutsch-tschechischen Beziehungen.



Anmerkungen: Dargestellt ist der prozentuale Anteil positiver Bewertungen, Antworten – die Beziehungen sind sehr gut und verhältnismäßig gut.

Quelle: Kontinuierliche Erforschung der Meinungen und Standpunkte der Bevölkerung der ČR. Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung. Soziologisches Institut der Akademie der Wissenschaften. Prag, 1995–2005.

Obleich sowohl die BRD als auch die ČR Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der NATO sind und die Prinzipien der pluralistischen Demokratie und bürgerlichen Gesellschaft teilen, bleibt das historische Gedächtnis Teil sich unterscheidender nationaler Identitäten (deren integraler Bestandteil die Interpretation historischer Ereignisse aus der Sicht der nationalen Gemeinschaft ist). In deren letzter Konsequenz ist es für die Partnerseite oft schwer, die Probleme des Nachbarn und die Schritte zu deren Lösung zu verstehen und abzuschätzen.

Die Formierung einer vielschichtigen Identität, die den europäischen Kontext von Integrationsprozessen auf bürgerlichem Niveau einschließt, schreitet nur langsam voran und im Fall der gesellschaftlichen Probleme ist eine retrograde Bewegung nicht ausgeschlossen (siehe die tiefe ethnische Distanz zwischen Flamen* und Wallonen*, die zu Überlegungen über die Teilung des belgischen Staates führt).

Jedwede Integrationsprozesse mäßigen bedeutend die Intensität ethnischer Probleme und die Frequenz interethnischer Konflikte, es lässt sich nicht mit einer automatischen linearen Bewegung zu einem konfliktfreien Stand rechnen. Selten

geschieht es, dass das Problem der Ethnizität innerhalb der Gesellschaft komplex wahrgenommen wird, im Rahmen eines weiteren übernationalen Prozesses, der interethnische Toleranz voraussetzt.

VI. Mit einem pragmatischen Kompromiss vom Konflikt zur Kooperation

Die *Erklärung* kann als Modellbeispiel genommen werden, wie man mit der Geschichte innerhalb bilateraler Beziehungen umgehen kann. Der offenkundig höchste Wert der Erklärung basiert auf dem, was die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth prägnant benannte, als sie sagte: „Unsere gemeinsame Erklärung soll helfen, den Teufelskreis gegenseitiger Aufrechnung und Schuldzuweisungen zu durchbrechen. Wir dürfen nicht Gefangene der Vergangenheit bleiben, sonst hätte die Vergangenheit letztlich gesiegt.“²⁶ Auf der Bühne des Bundestages charakterisierte Václav Havel den befreienden Charakter dieser Worte:²⁷

Durch diese Erklärung haben wir meines Erachtens klar gesagt, dass wir nicht das Unmögliche anstreben, das heißt, dass wir nicht versuchen, die eigene Geschichte zu ändern und ihre nicht wiedergutzumachenden Folgen wiedergutzumachen, sondern dass wir diese Geschichte unvoreingenommen erforschen, ihre Wahrheit suchen und dadurch die einzig möglichen und sinnvollen Grundlagen unseres künftigen guten Zusammenlebens legen wollen.

Aus dieser Sicht wird der letzte Satz von Artikel 4 als Schlüsselfeststellung der Erklärung wahrgenommen: „Beide Seiten erklären deshalb, dass sie ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden“²⁸

Der grundlegende Beitrag der *Erklärung*, die den deutsch-tschechischen Dialog vorteilhaft beeinflusst hat, lässt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Es wurde der Weg frei gemacht für die Entschädigung der tschechischen Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen (inklusive der Opfer des Holocausts).

26 Ansprache von Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth. In: Ansprachen aus Anlass der Deutsch-tschechischen Erklärung vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages am 24. April 1997 in Bonn und den Abgeordneten und Senatoren des Tschechischen Parlaments am 29. April 1997 in Prag. Hg. v. Deutschen Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Bonn 1997. S. 6–12.

27 Václav Havel: *Evropa jako úkol (výběr z projevů 1990–2009)* [Europa als Aufgabe (Auswahl aus Äußerungen 1990–2009)]. Prag: Havel Library 2012, S. 106.

28 Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung. In: Ansprachen (wie Anm. 26), S. 114–116.

2. Es wurde der ‚Deutsch-tschechische Zukunftsfonds‘ eingerichtet, mit dessen Mitteln in der Zeit nach der Erklärung Projekte zur Erneuerung der Kulturlandschaft in den einstmalig deutsch besiedelten Gebieten der Böhmisches Länder unterstützt werden, Publikationen zur vertiefenden Erkenntnis kultureller, sozialer und historiographischer Probleme der deutsch-tschechischen Beziehungen sollen herausgegeben werden sowie den Austausch von Schülern und Studenten unterstützen.
3. Zur freien Erörterung der strittigen Fragen wurde der Koordinierungsrat des Deutsch-tschechischen Gesprächsforums eingerichtet.
4. Und nicht zuletzt konstatierten beide Seiten, dass die unterschiedlichen Rechtsauffassungen ein Fakt sind, mit dem man leben und eine Zusammenarbeit entfalten kann, was in der Folge die Debatten im öffentlichen Raum dämpfte und kultivierte sowie pragmatische Grundsätze etablierte, die auf ein kooperatives Verständnis der gegenseitigen Beziehungen BRD/ČR abzielten.

Nach dem Beitritt der ČR zur Europäischen Union 2004 beruhigte sich die Situation in den deutsch-tschechischen Beziehungen merklich. Die historisierenden Themen traten in den Hintergrund. Im Grunde lässt sich konstatieren, dass die Situation zu den stabilisierten Werten vollkommen positiver bzw. neutraler Akzeptanz der deutschen Nachbarschaft aus der ersten Hälfte der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts zurückkehrte.²⁹ Die historischen Themen in den deutsch-tschechischen Beziehungen werden wahrscheinlich mit dem Kommen neuer Generationen abklingen, gegebenenfalls werden sie von neuen Faktoren der gemeinsamen Bedrohung des Staates überformt: Terrorismus, globale Klimaveränderungen, Energiekrise usw. Trotzdem ist mit einer langanhaltenden Nachwirkung der konfliktreichen Vergangenheit zu rechnen, die eine sensible und eher zurückhaltende Haltung bei der Suche nach neuen Interpretationsrahmen der Schlüsselereignisse der gemeinsamen Geschichte verlangt. Mit den Worten des Historikers Bartošek: „Wir leben in zwei Geschichten – in der, die uns scheint, und in der, die es tatsächlich gegeben hat. Beide wirken auf unsere Gegenwart und auch auf unsere Versuche die Zukunft zu gestalten ein.“³⁰

29 Zur Entwicklung der Ansichten und Einstellungen der tschechische Gesellschaft zu Deutschland im aktuellen Zusammenhang des Eintritts ČR in EU, zur Entwicklung grenzübergreifender Zusammenarbeit, wie auch zu einigen Aspekten der historischen Erinnerung, vgl.: Bulletin Česko-německé souvislosti, herausgegeben in den Jahren 2003 bis 2005 in dreisprachiger Ausführung im Rahmen des Projekts „Občanská dimenze česko-německých vztahů ve fázi vstupu ČR do EU s důrazem na pohraniční oblasti“. Internetauftritt des Projekts: www.borderland.cz

30 Karel Bartošek: Češi nemocní dějinami. Prag/Litomyšl: Paseka 2003, S. 83.

Teil 2: Grenzüberschreitende Gemeinschaft statt geteilter Welt

Seit dem 1. Mai 2004, als die ČR in die Europäische Union eintrat, vertieft sich dieser Prozess infolge der Wirkung integrativer Mechanismen weiter (programmatische Beseitigung des Barriere-Effekts der Grenze, Bewegungsfreiheit der Bürger, von Waren und des Kapitals, Beitritt der ČR zum ‚Schengener Abkommen‘³²). Die Mitgliedschaft der ČR in der EU modifizierte den Inhalt nationaler wie politischer Interessen, die wir in diesem Zusammenhang als vitales Interesse des Staates an der Veränderung seines exklusiven nationalen Charakters interpretieren, der bei neuer Konzeption übernationale Elemente des europäischen Integrationsprozesses enthalten würde. Die Komplementarität der Interessen der beiden Staaten BRD/ČR (was in erhöhten Maße auch die Beziehungen zu den Bundesländern Sachsen und Bayern betrifft) basiert auf dem Einhalten ethnischer Ruhe und der Stärkung kooperativen Potenzials. Gleichzeitig verlangt dies eine Stärkung der nationalen Identität in der Gestalt eines gesunden selbstbewussten Patriotismus basierend auf der Leistung der tschechischen Gesellschaft,³¹ aber auch auf der schrittweisen Herausbildung kombinierter europäischer und nationaler Identitäten.

I. Die zunehmende Vernetzung bewirkt eine Entnationalisierung der Grenzen

An der deutsch-tschechischen Grenze setzt sich allmählich der aktuelle Trend aus Westeuropa durch, die inneren Grenzen zwischen den EU-Staaten abzubauen. Es lässt sich von einem Prozess der Entnationalisierung der Grenzen sprechen. Es modifiziert sich gleichermaßen die klassische Auffassung von Souveränität im Bereich der internationalen Beziehungen, wenn einzelne ihrer Teile von übernationalen Entscheidungsstrukturen übernommen werden, was in der Folge die regionalen Entscheidungsebenen stärkt (direkte Partnerschaft der Unionsorgane und regionalen Institutionen schwächt das zentrale Element der Entscheidung). Die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsstaaten innerhalb der Union hat den Charakter einer normalen interregionalen Zusammenarbeit, wie innerhalb eines Staates. Durch den Beitritt der Tschechischen Republik zur EU wurde auch ein Teil der Asymmetrie in der Beziehung mit Deutschland beseitigt. Der Prozess der Europäisierung gegenseitiger Beziehungen

32 Vgl. Kol.: Vstup České republiky do prostoru politické komunikace a rozhodování v Evropské unii: výzvy, problémy, východiska [Beitritt der Tschechischen Republik zum Raum politischer Kommunikation und Entscheidung in der Europäischen Union: Herausforderungen, Probleme, Standpunkte], Prag: Univerzita Karlova FSC Ceses 2004, S. 8.

umfasst zudem parallel wirkende Entwicklungen: Globalisierung, Integration, Modernisierung, Regionalisierung und Dezentralisierung.

Erstmals in der Geschichte sind die Länder West-, Mittel- und Osteuropas Mitglieder einer europäischen Gemeinschaft, die Demokratie und Marktwirtschaft entfaltet. Die gegenseitigen Beziehungen der BRD und ČR beeinflussen die Prozesse der Europäisierung, die in den Grenzgebieten territoriale und soziale Vernetzung und die Ausbildung von Netzwerken („networking“) auf institutioneller und bürgerlicher Ebene umfassen. Der Prozess des Netzwerkens führt in einem langfristigen zeitlichen Horizont zur Ausbildung einer grenzüberschreitenden Gesellschaft in den deutsch-tschechischen Grenzgebieten.

Ein sich positiv auswirkender Faktor für Veränderungen auf tschechischer Seite ist vom Standpunkt der Kompatibilität beider Seiten des Grenzgebietes die Einrichtung der Kreisverwaltungen, die im Rahmen ihres Kompetenzbereiches zu einem effektiven Partner der einzelnen Bundesländer in der Frage nach einer weiteren Vertiefung und Ausweitung der grenzüberschreitenden Kooperation geworden sind. Gerade die unterschiedliche administrative Gliederung bildete in den Beziehungen zwischen BRD und ČR eine der Quellen von Asymmetrie auf regionaler und lokaler Ebene, die die Kooperation in den Grenzgebieten verkomplizierte.

Eine komplett aufeinander abgestimmte administrative Gliederung auf dieser Ebene ist aber nicht zu erwarten, da die föderale Struktur der BRD die Rollen und Gesetzgebungskompetenz auf den einzelnen Ebenen der Verwaltungsstruktur anders definiert. Nichtsdestotrotz indizieren die Erfahrungen in der Zusammenarbeit von Frankreich und der BRD in den Grenzregionen, dass eine zentralistische Konzeption der Staatsrolle (Frankreich) nicht notwendig ein Hindernis in einer dynamischen Zusammenarbeit sein muss. Als entscheidend in diesem Aspekt können klar der politische Wille und die kooperative Haltung des Zentrums gelten. Einige Fachstudien, die die Erfahrungen Westeuropas verallgemeinern, verweisen allerdings auf die Erfahrung, dass ein Teil der Probleme in den Grenzgebieten in ähnlichem Ausmaß und ähnlicher Struktur auch nach der Integration des Staates in die EU bleibt.

Malcolm Anderson macht beispielsweise auf die Erfahrung aufmerksam, dass die Zusammenarbeit auf lokaler und regionaler Ebene, wie sie in den Grenzregionen der EU-Länder stattfindet, neue Aktivitäten hervorruft, in deren Folge sich die Zahl potenzieller Konfliktsituationen erhöht.³² Die Diversifikation der Interessen, die diese Zusammenarbeit umfasst, ebenso wie auch die wachsende Zahl politischer, sozialer und ökonomischer Verträge zwischen individuellen Subjekten auf lokaler Ebene kann eine konfuse politische Situation erzeugen. Wie sehr auch die Autoren die Möglichkeit bewaffneter Konflikte

32 Vgl. Malcolm Anderson: Scenarios for Conflict in Frontier Regions. In: Cooperation and Conflict in Border Areas. Hg. v. Raimondo Strassoldo/Giovanni Delli Zotti. Mailand: Franco Angeli 1982.

hervorgehoben um einen Streit um die Grenzlinie (eine Bedingung der Mitgliedschaft in der EU ist die Klärung von Grenzkonflikten mit den Nachbarstaaten auf friedfertige Weise) ausschließen, halten sie die Grenzgebiete doch weiter für eine Konfliktzone.

Der Charakter der Konflikte in den Grenzgebieten ändert sich, wie beispielsweise das Anwachsen sozial-pathologischer Vorgänge im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet (z. B. Prostitution) oder die Aktivität des internationalen Verbrechens (z. B. der Transfer von Flüchtlingen über die grüne Grenze) indizieren, die die Sicherheitssituation im deutsch-tschechischen Grenzgebiet gefährden. Als positiv ist der Trend zum Rückgang ethnischer Intoleranz zu vermerken,³³ die in der Vergangenheit Spannungen zwischen Deutschen und Tschechen hervorrief.

II. Soziales Kapital, Vertrauen und die Rolle gesellschaftlicher Eliten

Die politische Integration Europas schreitet im Prinzip langsamer voran als die ökonomische Integration, was eine direkte Folge der Trägheit von Einstellungen und der öffentlichen Meinung hinsichtlich der Reflexion der konfliktvollen Geschichte ist. Durch die ökonomische Asymmetrie zwischen den einzelnen Staaten wird dies weiter erhöht. In der Praxis äußert sich dieses Erkenntnis in einer gewissen Distanz zwischen den Meinungen der gesellschaftlichen Eliten (die die Vision eines integrierten Europa durchsetzen) und den einfachen Bürgern, der Gesellschaft. Unter den Bedingungen offener Grenzen und einer offenen Volkswirtschaft verbleibt beispielsweise eine prä-sente national-regionale Identität als Quelle von Differenzen, die ihre Wurzeln in sich unterscheidender Kultur, Sprache, historischem Gedächtnis usw. hat. Dies gilt in vollem Maße für die sächsisch-tschechische Grenzregion.

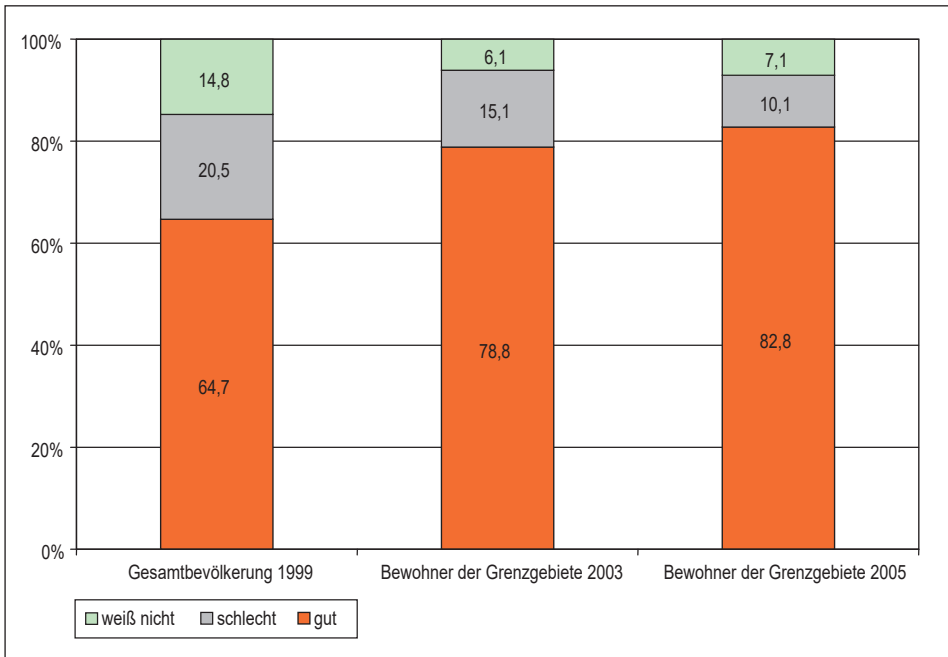
Auf dem gegenwärtigen Stand der Kooperation zwischen der BRD und der ČR ist es erstrebenswert die Schlüsselgruppe von Faktoren, eventuell Akteuren, die in der Lage sind die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu aktivieren, um gegenseitiges Vertrauen zu generieren, das Grundlage für lokale und soziale Vernetzung im Raum benachbarter mitteleuropäischer Staaten ist, zu definieren. Dieser Zugang lässt die Wirkung kohäsiver Programme unter den Bedingungen der neuen Mitgliedsstaaten der EU erkennen. Vor allem aus der Sicht der Nachhaltigkeit ist eine Kooperation wichtig, die sowohl auf institutioneller Ebene, als auch im öffentlichen Bewusstsein, eintritt, denn die gegenwärtige Situation der Währungs- und Wirtschaftskrise droht das er-

33 Zu dieser Feststellung berechtigen die Ergebnisse langfristiger soziologischer Untersuchungen eines Teams der Forschungsstelle des tschechischen Grenzgebietes durch das Soziologische Institut AV ČR, durchgeführt nach 1990 im Rahmen eines Graduiertenprogramms des Außenministeriums ČR, Projektförderungsagenturen der ČR, aber auch in Zusammenarbeit mit akademischen Stellen in der BRD.

reichte Potenzial des sozialen Kapitals von Vertrauen und Kooperation zu beschädigen, was die Erwägungen einiger Staaten, wie Dänemark, über die Notwendigkeit des Schengen Abkommens nachdenken lässt.

Der folgende Graphik belegt, dass die Bevölkerung des tschechischen Grenzgebiets den guten Beziehungen zur BRD eine wesentliche Bedeutung beimisst. Gemäß der Mehrheit gehören für die ČR im Vergleich zu den anderen Nachbarstaaten die guten Beziehungen zu Deutschland zu den wichtigeren, während sie ein Viertel für am Allerwichtigsten hält; zu den wichtigeren zählt sie für ein Drittel der Befragten. Diese Einstellung reflektiert offenkundig sowohl die historische Erfahrung als auch die aktuelle wirtschaftliche und politische Bedeutung, aber auch die Nähe zum ‚westlichen‘ Nachbarn.

Graphik 2: Entwicklung der Bewertung der deutsch-tschechischen Beziehungen durch die tschechische Gesellschaft im Zeitraum 1999–2005



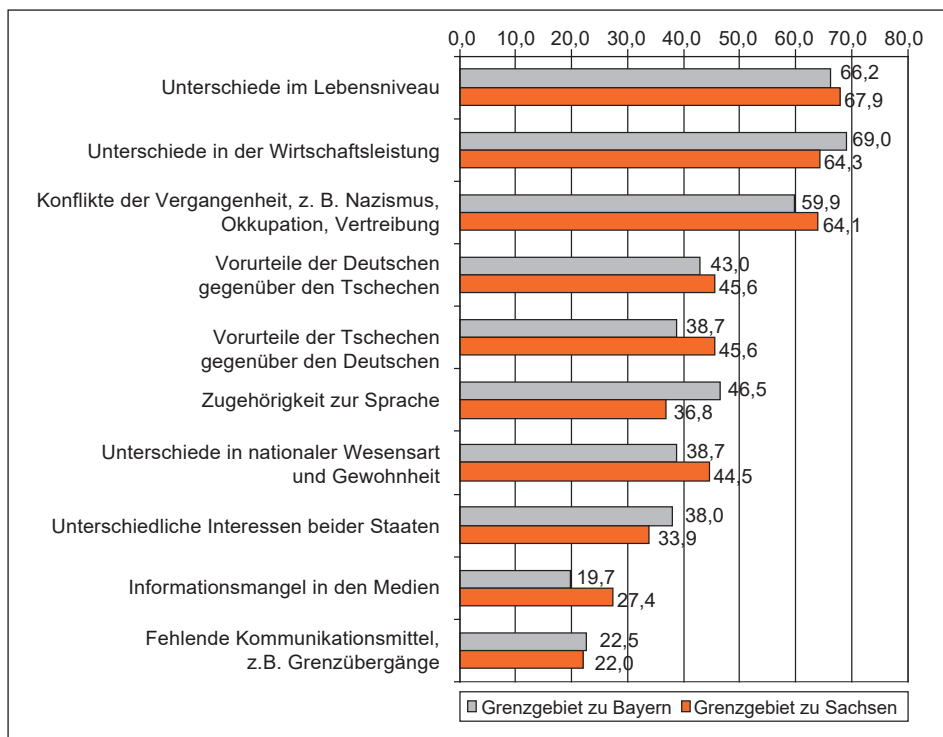
Quelle: Forschungsprojekt: „Die bürgerliche Dimension der deutsch-tschechischen Beziehungen in der Phase des Beitritts der ČR zur EU – mit einem Schwerpunkt auf den Grenzgebieten“ (2003–2005) Forschungsstelle des tschechischen Grenzgebietes, Soziologisches Institut der Akademie der Wissenschaften der ČR. Programm zur Unterstützung der gezielten Forschung und Entwicklung, Akademie der Wissenschaften ČR (V. Houzvíčka).

In den Meinungen zu Unterschieden und Hemmnissen, die die deutsch-tschechische Zusammenarbeit negativ beeinflussen, sind zwischen den Bewohnern der Grenzgebiete zu Bayern und zu Sachsen keine grundlegenden Unterschiede festzustellen.

Konkrete Differenzen wurden im Fall der konfliktbeladenen Vergangenheit, bei Vorurteilen von Tschechen gegenüber Deutschen, der Ungleichheit nationaler Wesensarten und beim Mangel an Informationen vermerkt. Diese Ungleichheit wird öfter von den Nachbarn Sachsens als Hemmnis wahrgenommen, die Ungleichheit in Leistungsfähigkeit und Informationsfülle im Gegenteil von den Nachbarn zu Bayern.

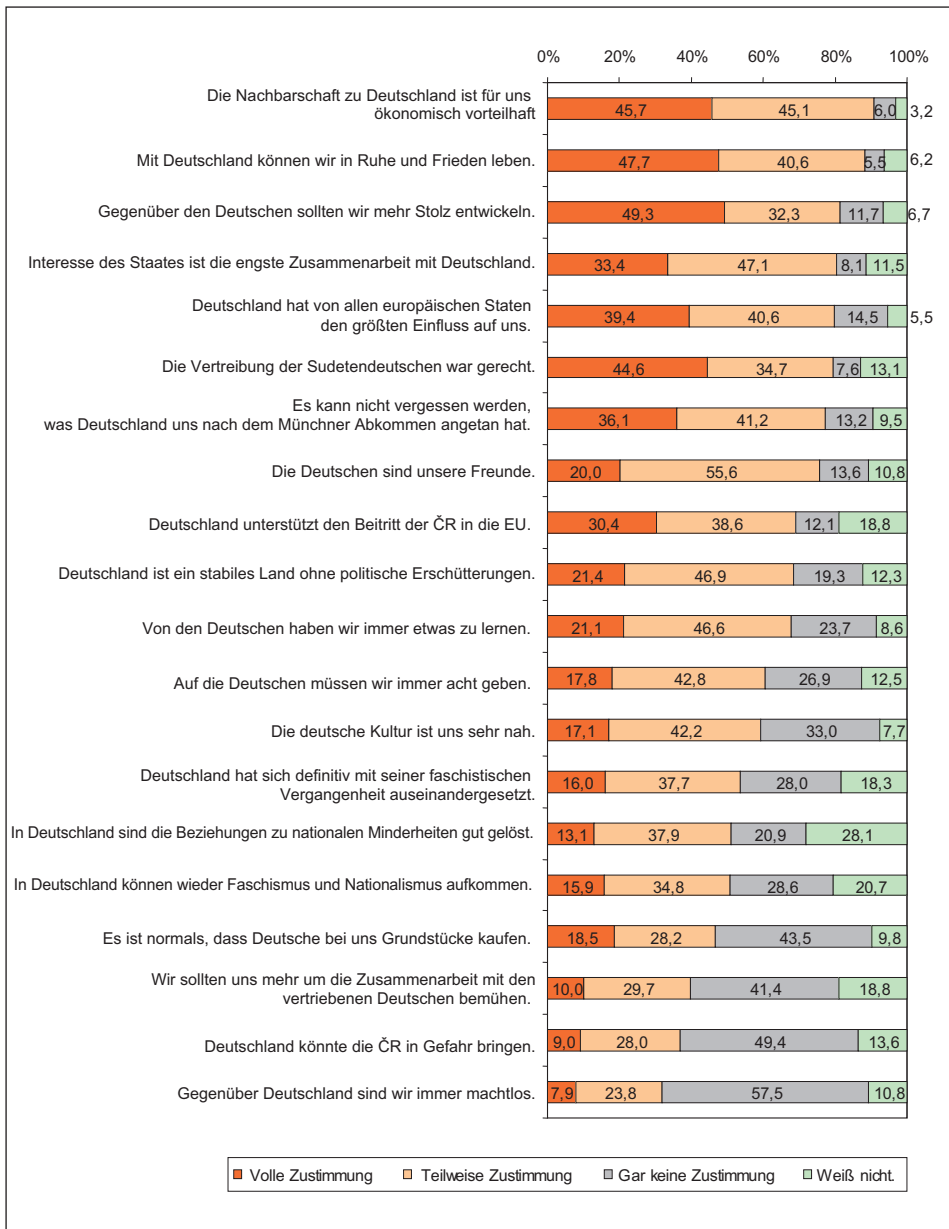
Die Struktur der Meinungen und Einstellungen gegenüber der deutschen (sächsischen/bayrischen) Nachbarschaft ist verhältnismäßig kompliziert und umfasst eine Skala gegenläufiger Inhalte (beeinflusst durch direkten sozialen Kontakt mit dem deutschen Raum und seinen Bewohnern, die Generationenerfahrung, die mit dem Alter und individuellen Erlebnissen zusammenhängt, die Kompetenz abstrakten Denkens, den Grad vertretener Vorurteile, die Intensität ethnischer Loyalität, das kollektiv geteilte historische Gedächtnis etc.). Die folgende Graphik folgt aus einer Reihe von Fragen, die auf das nähere Kennenlernen der Meinungsstruktur über die deutsche Nachbarschaft abzielen.

Graphik 3: Faktoren, die Einfluss auf die Qualität der tschechisch-deutschen Zusammenarbeit ausüben.



Quelle: Forschungsprojekt: „Die bürgerliche Dimension der deutsch-tschechischen Beziehungen in der Phase des Beitritts der ČR zur EU – mit einem Schwerpunkt auf den Grenzgebieten“ (2003–2005) Forschungsstelle des tschechischen Grenzgebietes, Soziologisches Institut der Akademie der Wissenschaften der ČR. Programm zur Unterstützung der gezielten Forschung und Entwicklung, Akademie der Wissenschaften ČR (V. Houzvička).

Graphik 4: Die Beziehung der Bewohner des Grenzgebietes der ČR zu Deutschland charakterisierende Aussagen.



Quelle: Forschungsprojekt: „Die bürgerliche Dimension der deutsch-tschechischen Beziehungen in der Phase des Beitritts der ČR zur EU – mit einem Schwerpunkt auf den Grenzgebieten“ (2003-2005) Forschungsstelle des tschechischen Grenzgebietes, Soziologisches Institut der Akademie der Wissenschaften der ČR. Programm zur Unterstützung der gezielten Forschung und Entwicklung, Akademie der Wissenschaften ČR (V. Houžvička).

Die empirischen Erkenntnisse weisen der sozialen Interaktion eine Schlüsselrolle bei der Herausbildung von sozialem Kapital zu, das nur auf Grundlage des vollen Informationsflusses über die Grenze mobilisiert werden kann. Informelle persönliche Kontakte bilden strukturelle Elemente interpersoneller Netzwerke und einen dynamisierenden Faktor im Prozess der Bildung des sozialen Kapitals. Eine maßgebliche Rolle spielt ein effektives Kommunikationsnetz der Angehörigen lokaler politischer, ökonomischer und kultureller Eliten im Sinne von ‚opinion makers‘ (Meinungsmachern).

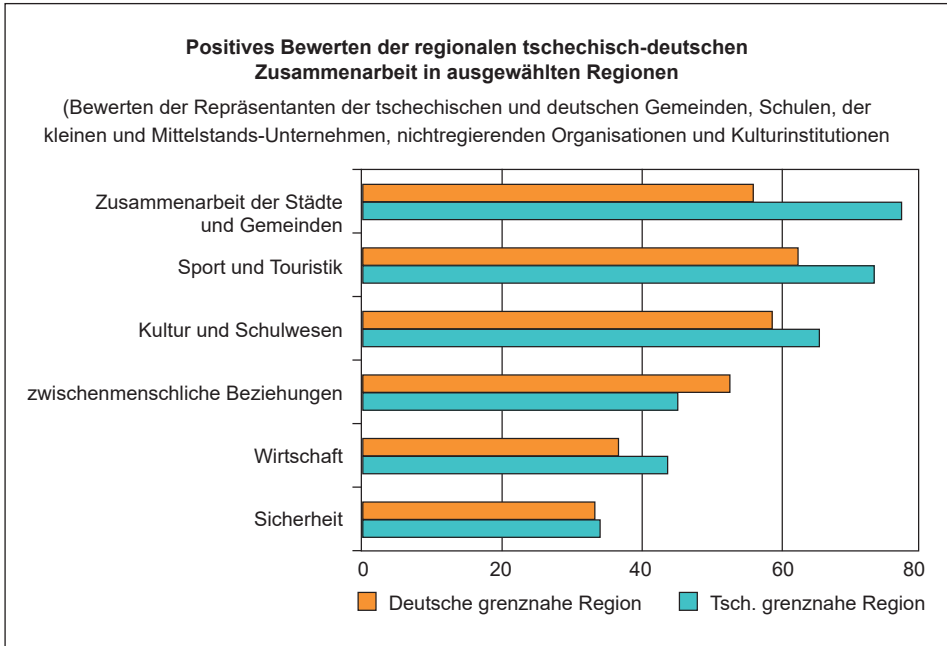
Es besteht eine nachweisliche Wechselbeziehung zwischen der sozialen Interaktion und der Herausbildung politischen Vertrauens, das schrittweise zur Überwindung von ökonomischer Asymmetrie, kultureller Unterschiedlichkeit und historischen Ressentiments beiträgt. Vertrauen unterstützt die Gestaltung neuer Verhaltensmodelle, die auf die Konstituierung grenzüberschreitender Gesellschaften als höheren Typs der Vernetzung des nachbarschaftlichen Raumes abzielen.³⁴ Dieser Prozess vollführt unsere Vorstellung vom Prozess der Europäisierung. Auf Ebene des sächsisch-tschechischen Grenzgebietes läuft das Ziel 3 Projekt ‚Sächsisch-tschechische Hochschulinitiative‘ als Netzwerk von Hochschulinstitutionen in Sachsen und Nordböhmen, welches akademische Arbeitsstellen auf beiden Seiten der Grenze vernetzt (TU Chemnitz, Univerzita J. E. Purkyně Ústí nad Labem, TU Liberec).

Es wird deutlich, dass die entscheidenden Gruppen sozialer Akteure in den Integrationsprozessen auf lokaler und regionaler Ebene zu suchen sind, vor allem aber die politischen und kulturellen Eliten stehen im Fokus des Prozesses. Im ökonomischen Bereich macht sich zu einem gewissen Grad ein spontan wirkender Mechanismus pragmatischer Zusammenarbeit zwischen BRD und ČR bemerkbar. Die Meinungen lokaler Eliten zu den einzelnen Ebenen der Zusammenarbeit auf beiden Seiten der Grenze (Grenzgebiet Sachsen/Bayern/ČR) umreißt die Graphik 5.

Auf einem Mikroniveau bildet sich soziales Kapital heraus, welches auf lokaler Ebene zirkulierende Beziehungen herausbildet: Interaktion, Partizipation, Vertrauen, Zugang, Einfluss, soziales Kapital/Netzwerk. Konsekutiv generiert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit Vertrauen, welches die erste Stufe der Mobilisierung von sozialem Kapital ist. In diesem Sinne unterstützt das Schengener Abkommen mit offenen Binnengrenzen innerhalb der EU eine tiefere territoriale und soziale Vernetzung der Grenzgebiete. Dies gilt auch für Sachsen und für die Tschechische Republik.

³⁴ Vgl. Jonathan Grix/Václav Houžvička: Cross-border cooperation in theory and practice, the case of Czech-German borderland. In: Acta Universitatis Carolinae Geographica 1 (2005), S. 61–77.

Graphik 5: Positives Bewerten der regionalen tschechisch-deutschen Zusammenarbeit in ausgewählten Regionen



Quelle: *Analýza a předpokládaný vývoj hraničních oblastí ČR-SRN. Výzkumný projekt Ministerstva zahraničních věcí ČR RB 6/5/3 [Analyse und angenommene Entwicklung der Grenzgebiete BRD-ČR. Forschungsprojekt des Außenministeriums der ČR]. Gaiues/TNS Factum, Praha 2003.*

Drei Schlüsselfaktoren ermöglichen dies einerseits, limitieren aber andererseits auch die Dynamik der grenzüberschreitenden Vernetzung: Sprachkompetenz, unterschiedliche Mentalität und ökonomische Disparität/Asymmetrie.

Am Ende des Zyklus kehrt dieser Prozess zurück zum Ausgangspunkt. Die Dynamik der Bewegung in den einzelnen Phasen beeinflusst das Maß an Distanz oder im Gegenteil an Proximität* des sozialen Raumes beider sich unterscheidender Systeme, die sich in den Grenzgebieten treffen. Gegenwärtig bekundet die Bildung sozialen Kapitals das Vermögen beide Systeme miteinander zu vernetzen.

III. Die Grenze verschwindet, die Unterschiede aber bleiben

In Zusammenhang mit dem Bedürfnis die Grenzproblematik auf den politischen Entscheidungsprozess der Mitgliedsstaaten der EU zu projizieren, wurde die *Gemeinschaftscharta zur Regionalisierung* ausgearbeitet und im Jahr 1988 verabschiedet. Ihr

Inhalt ist ein Maßnahmenkatalog, der unter anderem folgende politische Empfehlungen beinhaltet:

- Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen regionalen Subjekten der Mitgliedsstaaten im Bereich ihrer Kompetenz wird im Rahmen nachbarschaftlicher Zusammenarbeit (innerhalb der EU) angesehen, keineswegs als Außenbeziehung (Art. 20, Abs. 3),
- Die Gesamtheit der gemeinsamen Politik der Europäischen Gemeinschaft kann nicht als ‚Außenbeziehungen‘ im Sinne klassischen internationalen Rechts angesehen werden, infolge dessen ist es nicht gebührend, ihr ausschließliche Kompetenzen der Staaten beizumessen (Art. 24, Abs. 1),
- Die Regionen werden sich an der Seite des Staates an der Kooperation beteiligen, sofern es um Ansprüche der Gesellschaft geht, die in ihren Kompetenzbereich fallen, wenn die ermessenen Probleme direkt das Interesse des Staates berühren (Art. 25, Abs. 1).

Aus dem angeführten Text wird im Ganzen der grundlegende Unterschied zwischen Binnen- und Außengrenzen der Europäischen Union deutlich. Die Zusammenarbeit innerhalb des Unionsraumes zwischen den Mitgliedsstaaten hat den Charakter einer standardmäßigen interregionalen Zusammenarbeit wie innerhalb eines Staates. Dieses Prinzip, angewandt an den Außengrenzen der EU, generierte allerdings im Fall der Vorbereitungsphase zur Osterweiterung (2004) eine bedeutende Asymmetrie in den Beziehungen, wie sie sich zum Beispiel an der deutsch-tschechischen oder deutsch-polnischen Grenze zeigte. Unter allen Konsequenzen sei zumindest der unterschiedliche Zugang zur Möglichkeit aus Fonds zur Unterstützung der strukturellen Entwicklung innerhalb der EU zu schöpfen angeführt. Die Quelle der Andersartigkeit war damit gleichermaßen der legislative Rahmen kultureller, sozialer und weiterer Unterschiede.

Die Defunktionalisierung der Grenzen zwischen Staaten der EU durch das Schengener Abkommen repräsentiert gegenwärtig eine Kulmination von Integrationsprozessen. Wird dies nun das völlige Verschwinden der Grenzen, die neben der territorialen Ausdehnung vor allem die Scheide zwischen kulturellen Identitäten repräsentieren, bedeuten?³⁵ Oder transformieren sich die Grenzen zu einer vollkommen anderen Gestalt? Die Antwort hängt von der weiteren politischen Entwicklung der europäischen Integration ab.

Die Folgen der ökonomischen Globalisierung wirken sich auch auf die deutsch-tschechischen Beziehungen aus, denn beide Volkswirtschaften sind durchaus miteinander vernetzt. Eine unmittelbare Folge der ökonomischen Verbindung ist die Veränderung

35 Die soziologischen Erkenntnisse dokumentieren, dass die miteinander gekoppelte Pluralität der postmodernen Staatlichkeit nicht die Unterschiede aufhebt. Die Globalisierung forciert den Prozess des Durchbrechens des „traditionellen Verhältnisses zwischen einer physischen Lage und einer sozialen Situation“. Folge ist das ‚Nicht-verankert-sein‘ der Identitäten in „konkreter Zeit, Ort und Tradition“.

des Inhalts des Konfliktpotenzials der deutsch-tschechischen Beziehungen, in dem die ökonomische Zusammenarbeit ein pragmatischer Faktor zur Bildung von kooperativen Beziehungen ist. Diese Entwicklung spiegelt sich im Bewusstsein der tschechischen Gesellschaft wieder und ist im engeren Zusammenhang der sozialen Veränderungen eine Quelle positiver Veränderung von Meinungen und Standpunkten, aber auch Vorurteilen gegenüber Deutschland.

Das Feld der internationalen Beziehungen verändert den Prozess der ökonomischen Globalisierung. Die Staaten sind schon seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr dazu in der Lage die eigene Wirtschaft zu kontrollieren, was in der Folge die Mobilität von Kapital und Arbeitskräften erhöht. Unter diesen neuen Umständen durchlief Europa in der Nachkriegszeit eine bis dahin nie dagewesene ökonomische Expansion.³⁶ Dank des Wirtschaftswachstums und hohen Lebensstandards waren die Staaten und Gesellschaften der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vor allem in der kulturellen und sozialen Sphäre mit einer kontinuierlichen Massimmigration konfrontiert, die ernste soziale, kulturelle und politische Probleme generiert.

Die politische Integration schreitet aber langsamer voran als die ökonomische, was eine Folge sich unterscheidender nationaler Mentalitäten ist, des Beharrungsvermögens der Standpunkte der Bewohner und des gesellschaftlichen Bewusstseins. Unter den Bedingungen offener Grenzen und einheitlicher Veränderungen bleibt beispielsweise die gegenwärtige regionale Identität als Quelle von Differenzen, fußend auf unterschiedlicher Kultur, Sprache oder dem historischem Gedächtnis vorhanden.

Der stattfindende Abbau der Binnengrenzen in der EU verlangsamte sich im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008. Die nationale Grenze trat zum Nutzen der Außengrenze der Gemeinschaft in den Hintergrund. Einige Mitgliedsstaaten des Schengener Abkommens gaben bereits zu verstehen, dass sie bereit sind, das Statut der offenen Grenzen zu brechen und gegebenenfalls wieder Grenzkontrollen einzuführen. Es ist offensichtlich, dass sich diese Phase der europäischen Integration erschöpft hat und ein weiterer Schwung grundlegende neue Impulse erfordert, die aber ohnehin nicht vor Lösung der aktuellen finanziellen Krisensituation, in der sich die EU befindet, zu erwarten sind. Welche Form das Fortschreiten der Integration auch haben wird, aus den Erkenntnissen soziologischer Forschungen und den Ergebnissen der Wahlen wird deutlich, dass die Europäische Union für ihre weitere Existenz das Vertrauen der Bewohner der europäischen Länder braucht, das sie auch dank der Verfassungs- und Vertragsexperimente heute nicht in ausreichendem Maße bekommt.³⁷

36 Vgl. Hans Knippenberg/Jan Markusse (Hg.): *Nationalising and Denationalising European Border Regions. 1800–2000. Views from Geography and History.* Dordrecht/Boston/London: Kluwer 1999, S. 10.

IV. Integration als Quelle von Veränderungen in den Grenzgebieten

Die Grenzgebiete einer Reihe europäischer Staaten machen größtenteils Randgebiete aus, charakterisiert durch die Anwesenheit einer sprachlich und kulturell gemischten Bevölkerung, ungünstig verteilter und weitmaschiger Besiedlung, limitierten natürlichen Bevölkerungswachstums, erhöht durch die Migration der Bevölkerung von der Peripherie ins Zentrum. Problematisch sind oft auch die wirtschaftlichen Bedingungen, zu denen ein Mangel an Arbeitsmöglichkeiten zählt, die strukturell an die Konzentration landwirtschaftlicher Produkte gebunden sind, was vor allem die peripheren Gebiete des Staates betrifft. Das Grenzgebiet war gleichsam Quelle von Konfliktsituationen in der Vergangenheit.

Diese allgemeine Feststellung gilt in vollem Maße für das sächsisch-tschechische Grenzgebiet, dessen Besiedlungsdichte und Sozialstruktur durch die historische Entwicklung geprägt sind. Auf der tschechischen Seite ist diese Situation bedeutend komplizierter durch die Aussiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Trotzdem gelang es in den meisten Städten und Siedlungsgebieten den Ansiedlungsprozess zu Ende zu bringen. Eine Erneuerung des ursprünglichen Standes hinsichtlich Besiedlung und Sozialstruktur ist ohnehin nicht real, da sich vor allem der innere politische und der ökonomische Rahmen verändert haben.

Infolge der Aussiedlung der deutschsprachigen Bewohner der einstigen Sudeten nach dem Zweiten Weltkrieg fehlt im tschechischen Grenzgebiet der positiv wirkende Faktor der Bilingualität* in einem national gemischten Gebiet, das eine Zone des schrittweisen Übergangs beider Räume, des deutschen und tschechischen bilden könnte. Es lässt sich nur spekulieren, ob dieses historisch entstandene Phänomen zur schnelleren Annäherung der Tschechischen Republik an den westeuropäischen Kern beigetragen hätte. Es lässt sich aber nicht zurückweisen, und diese Meinung wurde in der Fachöffentlichkeit bereits formuliert, dass die Mehrheit der Sudetendeutschen auch ohne die präsidialen Dekrete der Nachkriegszeit nach und nach Nordböhmen verlassen hätte, ähnlich wie ethnische Deutsche andere osteuropäische Länder verlassen haben, damals hauptsächlich mit ökonomischen Motiven der Migration.

Der Anteil der in den Grenzregionen lebenden tschechischen Bevölkerung beträgt 14,1 Prozent aller Einwohner der ČR. Im deutschen Fall bildet der Anteil der in den Grenzregionen lebenden Deutschen nur 2,6 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung. Ein augenscheinliches Missverhältnis regiert auch beim Vergleich des Anteils an der Gesamtfläche der Staaten. Während in der Tschechischen Republik die Grenzbezirke 18,3 Prozent der Gesamtfläche einnehmen, sind dies im Fall des Anteils der deutschen Grenz-

37 Vgl. Fiala: *Evropský mezičas* (wie Anm. 6), S. 119.

gebiete gegenüber dem Gesamtgebiet der BRD nur 8,6 Prozent. In dieser Hinsicht ist evident, dass die Grenzbezirke für die tschechische Republik insgesamt eine höhere Bedeutung haben.

Wenn es um Sachsen geht, nimmt das Territorium der Grenzgebiete sogar mehr als ein Drittel (38,5 Prozent) des Gesamtgebietes ein, mit mehr als einem Viertel (28,5 Prozent) der Einwohner. Beim Vergleich des Flächenanteils mit der Bevölkerungszahl deutscher und tschechischer Einwohner in dieser ‚grenzüberschreitenden‘ Region (siehe Tab. Nr. 2), kann man zu dem Schluss kommen, dass diese Region für die ČR trotzdem eine größere Bedeutung hat, aber es ist Deutschland (respektive Sachsen), das in dem genannten Raum aus demographischer Sicht die auffälligere Position hat.

In Nordostböhmen spielten neben der genannten Vertreibung die Besiedlungsprozesse der mit dem Fortgang der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg entvölkerten Grenzbezirke eine wichtige Rolle. Diese Besiedlung fand innerhalb mehrerer Wellen bis zur ersten Hälfte der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts statt, als der Prozess der Besiedlung offiziell abgeschlossen wurde. Die Besiedlungsstruktur zu erneuern gelang nur zum Teil. In der Mehrheit hatten die neu Zugezogenen (vor allem in den ländlichen Gebieten) ein niedrigeres Bildungsniveau bzw. waren weniger qualifiziert. Von ihrem Zuzug erhofften sie sich sozialen Aufstieg auf Grundlage des zugeteilten Besitzes, der von den ausgesiedelten Deutschen konfisziert wurde.

Diese Erwartungen verpufften darauf aber schnell, als zu Beginn der fünfziger Jahre die Kollektivierung der Landwirtschaft ansetzte und für individuell wirtschaftende Landwirte kein Platz war. Durch die Unterdrückung individueller Initiativen erlahmte schon zu Beginn das Bedürfnis, die Grenzbezirke zu erneuern. Die vielen Regierungs- und Zuwendungsprogramme (vorteilhafte Zuteilung von Wohnungen und Familienhäusern, Besoldungs- und Lohnpräferenzen, Gewährung von Krediten für neu Verheiratete, materielle Vorteile für qualifizierte Arbeiter u. a.) konnten die notwendige Dynamik, vor allem in den ländlichen Bezirken, nicht entfalten.

Die Übersiedler rekrutierten sich aus einer Reihe von Repatrianten (aus Frankreich, Belgien, Österreich, Wolhynien u. a.)³⁸ und Zugezogenen aus der Slowakei und vor allem aus direkt benachbarten Bezirken im Landesinneren. Die Roma, die aus der Ostslowakei, Ungarn und Rumänien kamen, bildeten die problematischste Gruppe der Angesiedelten, und dies vor allem aufgrund äußerst niedriger Qualifikation, unzureichender Sprachkenntnisse und geringer sozialer Anpassungsfähigkeit. Diese Gruppe wurde in erhöhtem Maße Quelle von sozialpathologischen Erscheinungen, die in den Grenzbezirken bis heute (siehe Region Teplitz, Schluckenauer Zipfel (Šluknovský výběžek, Janov), u. a.) vorhanden sind.

38 Vgl. Jaroslav Vaculík: *Poválečná reemigrace a usídlování zahraničních krajanů* [Reimmigration nach dem Zweiten Weltkrieg und Besiedlung der Grenzlandschaften]. Brno: Masarykova univerzita 2002.

Im sächsisch-tschechischen Grenzgebiet, und das sowohl auf sächsischer als auch auf tschechischer Seite der Grenze, lebt ein verhältnismäßig großer Teil der Bevölkerung in großen Städten. Auf sächsischer Seite der Grenze sind dies vor allem Zittau, Löbau, Bautzen, Pirna, Dresden, Freiberg, Chemnitz, Zwickau, Auerbach und Plauen, welche im Kern und in den umliegenden Gebieten einen verhältnismäßig großen Teil der Bevölkerung zusammenziehen.

Auf tschechischer Seite zeichnet sich, ähnlich wie in Sachsen, der nordwestliche Teil des tschechischen Grenzgebietes durch eine hohe Bevölkerungsdichte aus – die Bezirke Aussig, Teplitz und Brüx (Most) gehören unter den städtischen Agglomerationen zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der ČR, sie haben eine bis zu siebenmal höhere Bevölkerungsdichte als z. B. die Regionen Prachatitz (Prachatice) oder Tachau (Tachov). Der Unterschied zwischen dem tschechischen Grenzgebiet mit Sachsen und Bayern tut sich ungewöhnlich stark hervor, wenn man die vertretenen Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern betrachtet. Von vierzehn dieser Städte gibt es nur eine – Klattau (Klatovy) –, die sich im Grenzgebiet mit Bayern befindet. Die übrigen – Reichenberg (Liberec), Böhmisches Leipa (Česká Lípa), Aussig (Ústí nad Labem), Tetschen (Děčín), Teplitz (Teplice), Brüx (Most), Komotau (Chomutov), Görkau (Jirkov), Oberleutensdorf (Litvínov), Karlsbad (Karlovy Vary), Falkenau an der Eger (Sokolov), Eger (Cheb) – liegen entlang der tschechisch-sächsischen Grenze und in ihnen lebt in etwa die Hälfte aller Einwohner dieser Gebiete.

Tab. 2: Vergleich der Einwohnerzahl in den deutsch-tschechischen Grenzgebieten

Quelle: ČSÚ, Statistisches Landesamt Bayern, Statistisches Landesamt Sachsen Stand: 2001	Einwohnerzahl (in Mio)	Bevölkerungsdichte pro km ²	Anzahl Städte über 20 Tsd. Einwohner	Anteil der Bevölkerung in Städten mit über 20 Tsd. Einw.	Anteil der Bevölkerung in Gemeinden bis 500 Einwohner
Tschechisches Grenzgebiet mit Sachsen	1,19	139	13	51,7%	4,3%
Tschechisches Grenzgebiet mit Bayern	0,25	43	1	9,2%	17,2%
Sächsisches Grenzgebiet mit ČR	1,25	176	–	–	–
Bayrisches Grenzgebiet mit ČR	0,91	100	–	–	–
ČR	10,21	129	63	44,6%	8,5%
Sachsen	4,38	238	–	–	–
Bayern	12,36	175	–	–	–
BRD (1999)	82,20	230	–	–	–

Quelle: *Analýza a předpokládaný vývoj hraničních oblastí ČR–SRN. Výzkumný projekt Ministerstva zahraničních věcí ČR RB 6/5/3 [Analyse und angenommene Entwicklung der Grenzgebiete BRD–ČR. Forschungsprojekt des Außenministeriums der ČR]. Gaiues/TNS Factum, Praha 2003.*

Seit dem Jahr 1989 erfuhr das sächsische Grenzgebiet dramatischste demographische Veränderungen. Die Gebiete Sachsens an der Grenze zur ČR sind verhältnismäßig dicht besiedelt, obgleich die Bevölkerungsdichte hier wesentlich geringer ist als im Landesinneren. Dominanter Trend der Entwicklung für ganz Sachsen ist aber das rasante Absinken der Einwohnerzahl – zwischen 1989 und 2002 nahm sie um ein Siebtel ab. Das entspricht etwa 644.000 Einwohnern. Vor allem betraf diese Tatsache die Grenzgebiete, denn die Einwohnerzahl des gesamten Grenzgebiets fiel um ein Fünftel, ausgehend vom Stand des Jahres 1990. Einzige Ausnahme ist der Weißeritzkreises, wo die Zahl um 4 Prozent stieg. Nicht einmal die Aussichten sind besser. Nach Angaben des ‚Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung‘ ist ein Rückgang der Bevölkerung in der Größenordnung von 10 bis 30 Prozent zu erwarten (z. B. Bautzen –15 Prozent, Annaberg –12 Prozent, Chemnitz –20 Prozent, Görlitz –25 Prozent usw.).³⁹

Das Absinken der Bevölkerungszahl wird zudem von einer Überalterung der Bevölkerung begleitet. Auf tschechischer Seite der Grenze laufen ähnliche Prozesse ab, ebenso mit der Alterung der Gesellschaft verbunden. Ein weiteres Problem stellt sich der unausgeglichene Besiedlung und der niedrigen Bildungsstruktur dar. Zu den sozialen Folgen dieser andauernden bzw. sich vertiefenden Degradierung der Sozialstruktur gehört die Empfänglichkeit, vor allem der jüngeren Leute, für rechtsextreme Ideen und Parolen, die gerade im sächsisch-tschechischen Grenzgebiet aktiven Wiederhall finden. Spricht man vom Bedürfnis ein grenzüberschreitendes soziales Netzwerk und die dazugehörigen Kontakte zu knüpfen, entwickelt gerade diese Gruppe gefährlich schnell eine neue Bindekraft.⁴⁰

Tab. 3: Entwicklung des BIP in Sachsen und den Grenzgebieten der ČR, 1995=100

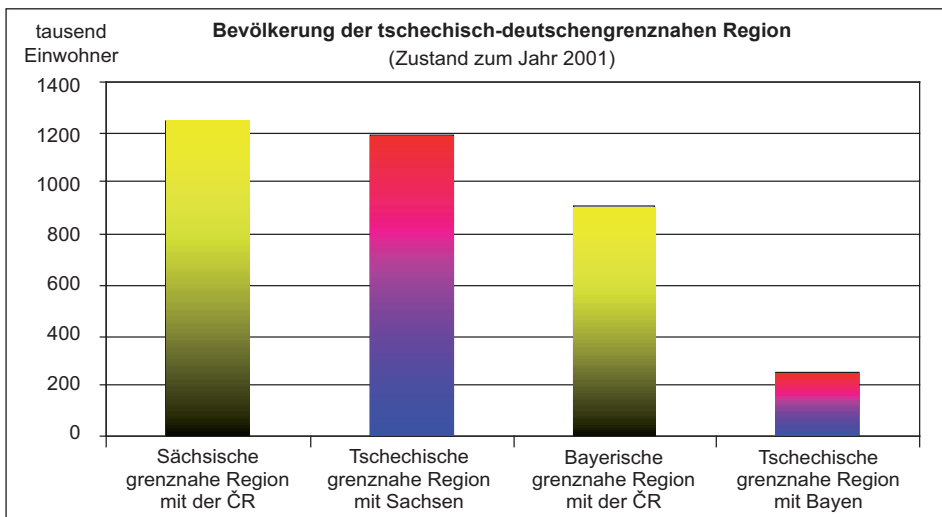
	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Sachsen	102,9	104,1	104,1	105,4	106,8	109,3
Karlovarský kraj (Kreis Karolvy Vary)	101,8	95,8	92,2	91,0	95,4	92,7
Ústecký kraj (Kreis Ústí/L)	105,3	98,0	93,7	91,8	92,6	92,0
Liberecký kraj (Kreis Liberec)	104,0	103,8	98,3	99,9	104,7	107,4

Quelle: *Analýza a předpokládaný vývoj hraničních oblastí ČR–SRN. Výzkumný projekt Ministerstva zahraničních věcí ČR RB 6/5/3 [Analyse und angenommene Entwicklung der Grenzgebiete BRD–ČR. Forschungsprojekt des Außenministeriums der ČR]. Gaiues/TNS Factum, Praha 2003.*

39 Vgl. o. A.: Sachsen. Musterland mit Sorgen. In: Die Demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? Hg. v. Steffen Kröhnert/Franziska Medicus/Rainer Klingholz. Berlin: dtv 2006, S. 90–99.

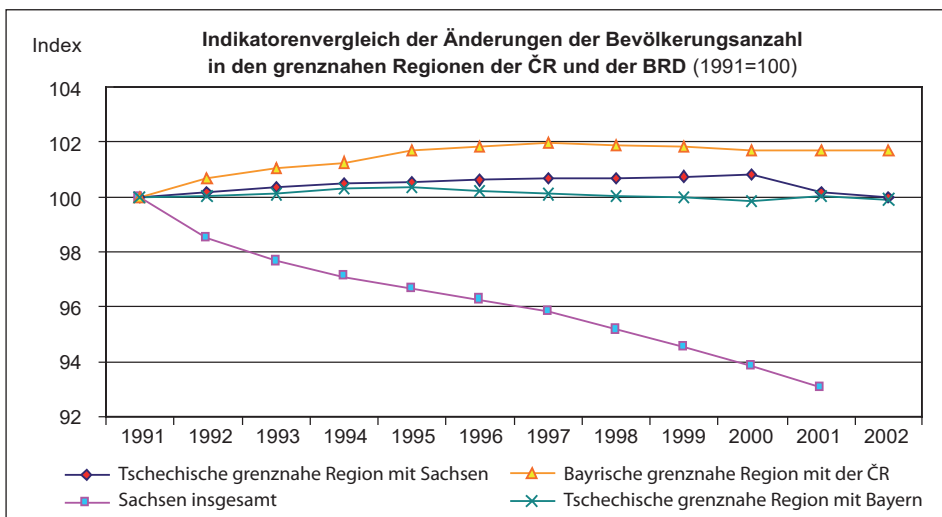
40 Vgl. o. A.: Gefährliche Liebschaften. Rechtsextremismus im kleinen Grenzverkehr. Hg. v. Heinrich Böll Stiftung und dem Kulturbüro Sachsen. Berlin 2008.

Graphik 6: Bevölkerung in der tschechisch-deutschen Grenzregion



Quelle: Analýza a předpokládaný vývoj hraničních oblastí ČR–SRN. Výzkumný projekt Ministerstva zahraničních věcí ČR RB 6/5/3 [Analyse und angenommene Entwicklung der Grenzgebiete BRD–ČR. Forschungsprojekt des Außenministeriums der ČR]. Gaiues/TNS Factum, Praha 2003.

Graphik 7: Indikatorenvergleich der Veränderungen der Bevölkerungszahl in den grenznahen Regionen der ČR und der BRD



Anmerkung: Im Fall des sächsischen Grenzgebietes wurden Daten für ganz Sachsen verwendet. Nach allen Feststellungen lässt sich aber annehmen, dass der Trend im sächsischen Grenzgebiet ähnlich oder sogar noch unvorteilhafter sein wird.

Quelle: Analýza a předpokládaný vývoj hraničních oblastí ČR–SRN. Výzkumný projekt Ministerstva zahraničních věcí ČR RB 6/5/3 [Analyse und angenommene Entwicklung der Grenzgebiete BRD–ČR. Forschungsprojekt des Außenministeriums der ČR]. Gaiues/TNS Factum, Praha 2003.

Der Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union brachte in das deutsch-tschechische Grenzgebiet ähnliche Effekte von Integrationsprozessen, wie sie aus Westeuropa bekannt sind. Freie Bewegung von Kapital, Dienstleistungen und Personen über das gesamte Gebiet der Union hilft zu einem gewissen Maß das Konfliktpotenzial der Grenzgebiete zu schwächen und zu eliminieren.⁴¹ Es entstanden einige neue, qualitativ unterschiedliche soziale Entwicklungen, wie zum Beispiel der ‚grenzüberschreitende Arbeitsmarkt‘, welcher eine professionelle Bezahlung qualifizierter Arbeitskräfte im Nachbarland bietet, gleichzeitig aber ein strukturelles Ungleichgewicht am heimischen Arbeitsmarkt hervorruft.⁴² Die Bewegung der Arbeitskräfte im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet ruft offensichtlich ähnliche Prozesse der Veränderung bei der individuellen Strategie sich auf dem Arbeitsmarkt zu bewegen hervor, wie das bei der Gruppe von ‚commuting workers‘ (Pendlern) der Fall war – Angestellte, die zu ihrer Arbeit täglich in einen anderen Staat fahren.

Ein Charakteristikum für diese Bewegung ist die Dynamik ökonomischer Veränderungen, die auf die Entwicklung der Globalisierung der Weltwirtschaft reagieren (wachsende Vernetzung und gegenseitige Abhängigkeit der Nationalökonomien) und Investitionen in die Grenzregion bringen, die auf die Nutzung momentaner komparativer Vorteile abzielen (billige und qualifizierte Arbeitskräfte, vorteilhafte Besteuerung, territoriale Nähe, Vorteile des Wechselkurses etc.). Erfahrungen aus dem tschechischen Grenzgebiet legen aber nahe, dass dies mit dem Wachsen der Löhne, der Änderung der Steuerbelastung usw. zu einem schnellen Abfluss des Kapitals führen kann, begleitet vom Wegfall von Arbeitsplätzen, für die man gerade im Grenzgebiet nur schwer Ersatz findet (siehe die Schließung einiger kleinerer Zulieferbetriebe für deutsche Kunden, als spezifische Reaktion auf den Rückgang in der Automobilindustrie nach 2008). Die wachsende gegenseitige Vernetzung beider Staaten kann im Grenzgebiet also sowohl positive als auch negative Folgen nach sich ziehen.

41 Die schrittweise Beseitigung nationaler Grenzen unterstützt das Bedürfnis nach interregionaler Kooperation und wirkt als unterstützender Integrationsfaktor innerhalb der EU. Gegenwärtig erfordert das höhere Maß an Autonomie Entscheidungen auf regionaler Ebene, was ein flexibleres Reagieren auf interregionale Probleme (spillover effects) ermöglicht, die sich aus der Dynamik der wirtschaftlichen Verflechtung ergeben. In der Folge hilft dies eine Machtkonzentration auf höheren Entscheidungsebenen einzuschränken. Näheres vgl. Riccardo Cappellin: *Interregional Cooperation in Europe*. In: *Regional Networks, Border Regions and European Integration*. Hg. v. Dems./ Peter W.J. Battery: London: Pion 1993.

42 So fehlen aktuell in den Grenzgebieten der ČR Fachärzte und es ist anzunehmen, dass sich dieses Problem nach dem Beitritt der ČR in die EU auch auf weiteren Gebieten verschärft.

Im Raum lokaler Gemeinschaften des tschechischen Grenzgebiets⁴³ (denn das Gebiet des deutsch-tschechischen Grenzraumes kann als System von Mikroregionen bzw. Region angenommen werden) entsteht erst ein Geflecht einer bürgerlichen Öffentlichkeit (Vereine, Verbände, Stiftungen), die grenzüberschreitende Kontakte in das bürgerliche Niveau bringt.

Der Trend der wirtschaftlichen Zusammenarbeit verdrängt schrittweise die historischen Ressentiments, deren Wiederaufleben aber in der Situation ethnischer Mobilität nicht ausgeschlossen ist. Die Hauptaufgabe muss eine Politik sein, die die Verschärfung einer Konfliktsituation in den Grenzgebieten verhindert.

Bereits nach acht Jahren der Mitgliedschaft der Tschechischen Republik in der Europäischen Union kann man konstatieren, dass die neue Situation zur Beschleunigung des Erneuerungsprozesses in den Grenzregionen und vielleicht auch zur wiederholten nationalen Differenzierung der Bevölkerung des Grenzgebietes beiträgt.

Glossar:

Bilingualität: Zweisprachigkeit | *Charta 77*: 1977 von tschechischen Künstlern, Intellektuellen, Oppositionspolitikern und auch Arbeitern u. a. veröffentlichte Petition gegen die Menschenrechtsverletzungen in der kommunistischen Tschechoslowakei. Gleichzeitig ein Überbegriff für die daran anschließende Bürgerrechtsbewegung der 1970er und 80er Jahre | *Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds*: 1997 in der ‚Deutsch-Tschechischen Erklärung‘ beschlossenes Förderprogramm für Projekte, die die Bevölkerung beider Staaten bei der Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Kultur und Geschichte zusammenbringen | *Flamen*: Niederländischsprachige Einwohner der belgischen Region Flandern | *Karolinum*: Karls-Universität in Prag | *Kupon/Coupon-Privatisierung*: An die Idee des Volkskapitalismus angelehnte Form der Privatisierung von Staatseigentum, welches hierbei in Form von Coupons an die Bevölkerung ausgegeben wird. Diese Art der Wiederprivatisierung

43 Das Gebiet des deutsch-tschechischen Grenzraumes kann als System von Mikroregionen bzw. Regionen, die sich außerhalb gemeinsamer Merkmale, wie der territorialen Nähe zur Grenze und der Marginalisierung des Gebietes vom Standpunkt sich unterscheidender Parameter auf politischer, ökonomischer, demographischer u. a. Ebene differenzieren, aufgefasst werden. Klares Kennzeichen der Unterschiede ist z. B. das Wahlverhalten (in dem sich die politische Kultur ausdrückt) der Einwohner einzelner Regionen im Grenzgebiet (u. a. niedrigere Wahlbeteiligung), obwohl sich auch auf dieser Ebene mildernde Entwicklungen beobachten lassen, die offensichtlich Auskunft über die fortschreitende Verringerung der Unterschiede zwischen den Grenzgebieten und dem Landesinneren Auskunft geben. Vgl. Petr Daněk: Existuje politická kultura českého pohraničí? [Existiert eine politische Kultur des tschechischen Grenzgebietes? In: Geografie 2000

von ehemals enteignetem Privateigentum wurde vor allem in der Endphase der ehemaligen Tschechoslowakei in der ersten Hälfte der 1990er Jahre durchgeführt | *Münchener Krise 1938*: Debatte um die friedliche Lösung der Sudetenkrise auf der ‚Münchener Konferenz‘ am 29. September 1938 zwischen Großbritannien, Italien, Frankreich und dem Deutschen Reich | *Nordatlantikpakt*: Bekannt als ‚North Atlantic Treaty Organization‘ (NATO); am 7. April 1949 unterzeichnetes Militärbündnis zwischen europäischen und nordamerikanischen Staaten | *Proximität*: Oberbegriff für die Maßkategorien in einer Clusteranalyse: Ähnlichkeitsmaße, Distanzmaße und Korrelationsmaße | *Schengener Abkommen*: Das 1985 und 1990 unterzeichnete internationale Abkommen teilnehmender europäischer Länder (vorwiegend EU) zur Aufhebung zwischenstaatlicher Grenzkontrollen. Inzwischen fast vollständig durch EU-Rechtsakten übernommen und ersetzt | *Sudetendeutsche*: Ehemalige deutschsprachige Bevölkerung der böhmischen Region Sudeten | *Wallonen*: Französischsprachige Einwohner der belgischen Region Wallonie